Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

Universität Freiburg
Institut für Föderalismus
Av. Beauregard 1
CH – 1700 Freiburg

Kantonale Volksabstimmungen vom 19. Mai 2019
Die Ergebnisse

Les votations cantonales du 19 mai 2019 – *Les résultats*

Übersicht / Aperçu

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

1. Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:

GE: Initiative populaire « Pour une politique culturelle cohérente à Genève »

TG: Volksinitiative «Offenheit statt Geheimhaltung / Für transparente Behörden im Thurgau»

UR: Änderung der Verfassung des Kantons UR (Ausdehnung des Majorzwahlsystems)

VS: Révision partielle de la Constitution cantonale (art. 44, 52 et 85a)

2. Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :

BE: Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe
1. Vorlage des Grossen Rates

BS: Grossratsbeschluss betreffend Ratschlag Ozeanium und die entsprechenden baurechtlichen Anpassungen (Fak.)

BS: Grossratsbeschluss betreffend Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG) (Fak.)

GE: Loi modifiant la loi instituant la Caisse de prévoyance de l'Etat de Genève (LCPEG) (Financement de la CPEG) (loi 1)

GE: *Loi modifiant la loi instituant la Caisse de prévoyance de l'Etat de Genève (LCPEG) (loi 2)*

GE: Question subsidiaire pour départager les lois 12228 et 12404 → la loi 1 est préférée

GE: Loi modifiant la loi sur les heures d'ouverture des magasins (LHOM) (Sauvons les emplois du commerce genevois) (Fac.)

GE: Loi modifiant la loi sur l'imposition des personnes morales (LIPM) (RFFA) (Réf. demandé par le Grand Conseil lui-même)

GE: Loi modifiant la loi d'application de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (LaLAMal) (Contreprojet à l'initiative populaire « Pour des primes d'assurance-maladie plafonnées à 10% du revenu du ménage! »)

GE: Question subsidiaire pour départager l'initiative populaire « Pour des primes d'assurance-maladie plafonnées à 10% du revenu du ménage! » et le contreprojet
→ le contreprojet est préféré

OW: Nachtrag zum Finanzhaushaltsgesetz (Fak.)

SZ: Transparenzgesetz (TPG) (Oblig. Behördenref.)

SO: Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung (Oblig. Behördenref.)

UR: Änderung des Gesetzes über die Verhältniswahl des Landrats (Proporzgesetz) (Oblig.)

ZG: Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Umsetzung von Bundesrecht (Oblig. Behördenref.)

3. Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :

BE: Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe
2. Volksvorschlag

BL: Formulierte Gesetzesinitiative «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen!»

BL: Formulierte Gesetzesinitiative «Stopp dem Abbau an öffentlichen Schulen!»

BS: Kantonale Initiative «Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel»

BS: Kantonale Initiative «Mittelstand entlasten – Krankenkassenprämien von den Steuern abziehen! (Krankenkassen-Initiative)»

GE: *Initiative populaire « Pour des primes d'assurance-maladie plafonnées à 10% du revenu du ménage! »* (Initiative acceptée, mais contreprojet privilégié)

GR: Volksinitiative zur Abschaffung der Sonderjagd (Sonderjagdinitiative)

TI: Iniziativa popolare legislativa generica «Giù le mani dalle Officine»

4. Finanzreferendum / Référendum financier :

BS: Grossratsbeschluss betreffend Neubau Naturhistorisches Museum Basel und Staatsarchiv BS und die entsprechenden baurechtlichen Anpassungen (CHF 214 Mio.)

LU: Gesetz über die Aufgaben- und Finanzreform 18 (Mantelerlass AFR18) (Neue Ausgaben von jährlich rund CHF 200 Mio.)

TI: Opere di fluidificazione della tratta Cadenazzo-Quartino (fac.) (CHF 3.3 mio.)

AI

Die Landsgemeinde kam am 28. April 2019, um 12 Uhr, auf dem Landsgemeindeplatz in Appenzell zusammen

Nebst Erneuerungswahlen wurden diverse Sachgeschäfte gutgeheissen.

Unter anderem gilt nun auch in AI das *Öffentlichkeitsprinzip*, wenn auch mit Einschränkungen. Im Rahmen des neu formulierten Datenschutz- , Informations- und Archivgesetzes müssen bisherige Akten im Grundsatz nicht offengelegt werden, ebenso wenig Protokolle aus nicht öffentlichen Sitzungen.

Deutlich abgelehnt wurde eine Initiative, die eine überregionale Versorgungsregion Säntis im Gesundheitswesen verlangte.

Quelle: Private Aufnahme zur Verfügung gestellt

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

BE

Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe

1. Vorlage des Grossen Rates

NEIN (52.6%)

Stimmbeteiligung

42.3%

Mit der Vorlage des Grossen Rates sollen die Ansätze für den Grundbedarf in der Sozialhilfe gesenkt werden. Ziel ist es, die Erwerbsarbeit im Vergleich zum Bezug von Sozialhilfe attraktiver zu machen sowie den Kanton und die Gemeinden finanziell zu entlasten.

Die Änderung des Sozialhilfegesetzes soll es dem Regierungsrat ermöglichen, den in den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien; siehe Kasten) festgehaltenen Grundbedarf für alle Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe um bis zu 8 Prozent zu senken. Damit wollen der Regierungsrat und die Mehrheit des Grossen Rates darauf reagieren, dass die Unterstützung durch Sozialhilfe in manchen Fällen einen höheren Lebensstandard ermöglichen kann als ein Arbeitseinkommen im Niedriglohnbereich. Gleichzeitig entlastet diese Massnahme den Kanton und die Gemeinden finanziell.

Für junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren und für vorläufig Aufgenommene setzt der Regierungsrat den Grundbedarf um bis zu 15 Prozent tiefer an. Für jene unter ihnen, die sechs Monate nach Beginn der Unterstützung weder eine Ausbildung absolvieren noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen, beträgt die Reduktion bis zu 30 Prozent.

Von der Reduktion des Grundbedarfs um maximal 30 Prozent wegen mangelnder Integrations- oder Arbeitsbemühungen oder mangelnder Sprachkenntnisse sind gemäss Vorlage des Grossen Rates folgende Personengruppen ausgenommen: Alleinerziehende Personen mit Kleinkindern, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, ältere Personen, die nicht unmittelbar vor Erreichen des massgeblichen Alters längere Zeit Sozialhilfe bezogen haben, und Personen mit einer schwerwiegenden gesundheitlichen Beeinträchtigung.

Damit Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe ihren Lebensunterhalt wieder selbstständig bestreiten können, sei eine Erwerbstätigkeit unumgänglich. Daher hat der Regierungsrat im Rahmen der Gesetzesrevision angekündigt, die Anreize zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt per Verordnung zu verstärken. Zudem soll der Regierungsrat eine engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft anstreben.

Der Grosse Rat hat die Änderung des Sozialhilfegesetzes (Vorlage des Grossen Rates) mit 79 Ja- gegen 63 Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

2. Volksvorschlag

NEIN (56.0%)

Stimmbeteiligung **42.3%**

Gegen die Vorlage des Grossen Rates ist ein Volksvorschlag eingereicht worden. Dieser verlangt, dass sich alle Beiträge der Sozialhilfe nach den SKOS-Richtlinien richten. Bedürftige Personen, die nach Erreichen des 55. Altersjahrs arbeitslos werden und ausgesteuert sind, sollen zudem nach den Ansätzen der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV unterstützt werden.

Was ist ein Volksvorschlag und wie wird bei mehreren Vorlagen abgestimmt?

Bei Gesetzesvorlagen und Grundsatzbeschlüssen des Bernischen Grossen Rates können die Stimmberechtigten einen Änderungsvorschlag als Variante einbringen, den sogenannten *Volksvorschlag*. Dieser kommt zustande, wenn ihn 10'000 Stimmberechtigte unterschreiben. In diesem Fall werden sowohl die Vorlage des Grossen Rates als auch der Volksvorschlag den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet.

Auf dem Stimmzettel können die Stimmberechtigten die Vorlage des Grossen Rates und den Volksvorschlag unabhängig voneinander je annehmen oder ablehnen. Sie können also auch beiden Varianten zustimmen oder beide ablehnen.

Der Stimmzettel enthält zusätzlich noch eine *Stichfrage*. Mit dieser geben die Stimmberechtigten an, welche Variante sie bevorzugen, falls in der Abstimmung beide angenommen werden. Die Stimmberechtigten können die Stichfrage in jedem Fall beantworten, also auch dann, wenn sie beide Varianten ablehnen.

Werden in der Abstimmung beide Varianten angenommen, gilt die Variante, die in der Stichfrage am meisten Stimmen erhält. Werden beide Varianten abgelehnt, gilt weiterhin das heutige Gesetz.

Der Volksvorschlag «Für eine wirksame Sozialhilfe» verlangt, dass die Leistungen der Sozialhilfe nach den SKOS-Richtlinien auszurichten seien. Insbesondere soll auf eine generelle Senkung des Grundbedarfs verzichtet werden. Bei Sanktionen soll die Unterstützung ebenfalls nach Massgabe der SKOS-Richtlinien gekürzt werden.

Der Volksvorschlag enthält eine grundsätzliche Neuerung für Personen, die nach dem Erreichen des 55. Altersjahrs arbeitslos werden. Sie sollen Sozialhilfe nach den Ansätzen der Ergänzungsleistungen zur AHV- und IV-Rente erhalten, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllen: Sie verlieren nach dem Erreichen des 55. Altersjahrs ihre Stelle, sind bedürftig, erhalten keine Entschädigung der Arbeitslosenversicherung mehr, haben während mindestens 20 Jahren Arbeitslosenversicherungsbeiträge entrichtet, haben seit mindestens zwei Jahren Wohnsitz im Kanton BE, sind weiterhin zur Arbeitsvermittlung angemeldet und sind bereit, eine zumutbare neue Stelle anzutreten. Damit will das Komitee ermöglichen, dass die betroffenen über 55-Jährigen würdig behandelt werden und nicht kurz vor der Pensionierung ihr gesamtes Vermögen aufbrauchen müssen.

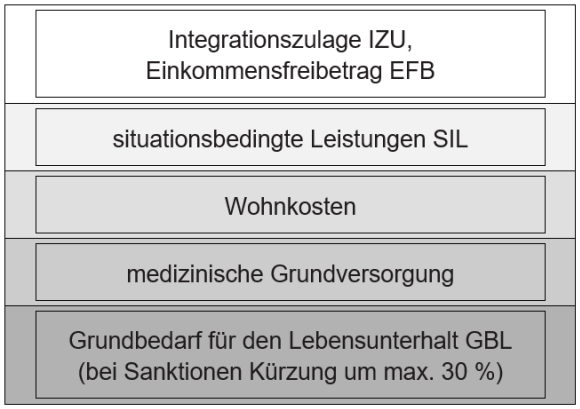
Der Volksvorschlag enthält zudem Massnahmen, welche die berufliche Qualifikation verbessern und die Integration in den Arbeitsmarkt fördern sollen.

Was sind die SKOS-Richtlinien?

Für die Ausgestaltung der Sozialhilfe sind in der Schweiz die Kantone zuständig. Um eine Koordination über die Kantonsgrenzen hinweg zu fördern, hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) Richtlinien geschaffen. Diese zeigen auf, wie die Sozialhilfe ausgestaltet und bemessen werden kann. Sie definieren verschiedene Leistungen der Sozialhilfe. Diese sind:

- der Grundbedarf für den Lebensunterhalt (GBL) zur Deckung der Kosten für die laufende Haushaltsführung wie Nahrungsmittel, Kleider oder Verkehrsauslagen (wird nach Haushaltsgrösse bemessen),
- die Wohnkosten (inklusive übliche Nebenkosten),
- die medizinische Grundversorgung (inklusive obligatorische Krankenversicherungsprämien, Franchise, Selbstbehalt),
- die situationsbedingten Leistungen (SIL) für Personen in besonderen gesundheitlichen, wirtschaftlichen, persönlichen oder familiären Lagen (zum Beispiel Kosten für Kinderbetreuung),
- die Zulagen für die soziale und berufliche Integration (IZU) von Nicht-Erwerbstätigen bei nachgewiesenen Bemühungen der Bezügerinnen und Bezüger sowie
- der Einkommensfreibetrag (EFB) auf Einkünften aus Erwerbstätigkeit, der behalten werden kann und nicht von der Sozialhilfeleistung abgezogen wird.

Die verschiedenen Leistungen der Sozialhilfe nach SKOS:



Die SKOS ist ein nationaler Fachverband. Mitglieder sind alle Kantone, rund 1’500 Gemeinden, mehrere Bundesämter und private Organisationen des Sozialwesens. Die aktuell geltenden Richtlinien sind nach zwei umfassenden Revisionen in den Jahren 2015 und 2016 von der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren genehmigt und den Kantonen zur Umsetzung empfohlen worden. Die Richtlinien haben keinen rechtsverbindlichen Charakter. Verbindlichkeit er langen die Richtlinien nur, sofern sie ausdrücklich im kantonalen Recht verankert werden. Die eingesetzten Leistungsarten und die Höhe der verschiedenen Leistungen unterscheiden sich deshalb zwischen den Kantonen.

Quelle: Botschaft des Grossen Rates, S. 5

Der Grosse Rat empfiehlt den Volksvorschlag mit 87 Nein- gegen 59 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung zur Ablehnung.

Ausgaben von Kanton und Gemeinden in ausgewählten Bereichen der Sozialhilfe (Schätzung, in CHF Millionen pro Jahr, brutto)

	Geltendes Recht [a]	Vorlage Grosser Rat	Volksvorschlag
Grundbedarf	248	226 [b]	250
Integrationszulage	10	13 bis 17	13 bis 17
Einkommensfreibetrag	14	14 bis 21	14 bis 21
Zusätzliche Unterstützung von älteren Arbeitslosen (Volksvorschlag)	0	0	12
Bildung und Qualifizierung [c]	-	-	-
Total	**272**	**253 bis 264**	**289 bis 300**
Differenz zum geltenden Recht		**-8 bis -19**	**+17 bis +28**

Quelle: Schlussbericht B,S,S. Volkswirtschaftliche Beratung

a Auch gemäss heutigem Gesetz wäre künftig eine Anpassung der Leistungen möglich. Damit würden sich auch die Kosten ändern.

b Für die Kostenschätzung zur Vorlage des Grossen Rates gehen die Experten davon aus, dass der Regierungsrat die vorgesehenen Senkungen des Grundbedarfs voll ausschöpft und die Ansätze je nach Personengruppe um 8, 15 und 30 Prozent tiefer als nach den SKOS-Richtlinien vorgesehen festlegt.

c Für die im Volksvorschlag verlangten Bildungs- und Qualifizierungsangebote können die finanziellen Auswirkungen auf Basis der vorhandenen Informationen nicht abgeschätzt werden. Die Experten gehen davon aus, dass ein Ausbau der Qualifizierungsangebote grundsätzlich auch mit dem heutigen Gesetz sowie ebenfalls mit der Vorlage des Grossen Rates möglich wäre. Somit ergeben sich in diesem Punkt keine Kostenunterschiede zwischen den verschiedenen Gesetzesvarianten.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Botschaft des Grossen Rates

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

BL

1. Formulierte Gesetzesinitiative «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen!» vom 22. Juni 2017

NEIN (72.07%)

Stimmbeteiligung **39.54%**

Diese formulierte Gesetzesinitiative verlangt, dass der Kanton und die Gemeinden genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um die Qualität der Schulbildung nachhaltig zu garantieren. Weiter hält die Initiative fest, nach welchen neuen Regeln künftige Einsparungen vorzunehmen seien. Dazu wird ein kaskadierter Massnahmenkatalog definiert: Bei allfälligen Einsparungen im Bildungsbereich müsste zunächst auf neue «überkantonale Bildungsprojekte» verzichtet und laufende «überkantonale Bildungsprojekte» müssten überprüft werden. Demnach sind mindestens 3 Prozent des verbleibenden Betrags in der Bildungsverwaltung einzusparen. Das restliche Sparvolumen wäre durch alle Schulstufen im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Kostensteigerung in den letzten 5 Jahren zu erbringen.

Bei allfälligen Sparmassnahmen im Bildungsbereich – und ausschliesslich in diesem Fall – soll der Kanton BL:

1. auf die Einführung neuer «überkantonaler» Bildungsprojekte (insbesondere Reformprojekte) verzichten;
2. die weitere Beteiligung an laufenden «überkantonalen» Bildungsprojekten überprüfen;
3. mindestens 3 Prozent der Einsparungen im Bereich der Dienststellen der kantonalen Bildungsverwaltung vornehmen;
4. den verbleibenden Sparbeitrag gemäss den Angebotserweiterungen bzw. Kostensteigerungen der vergangenen fünf Jahre auf die einzelnen Schulstufen aufteilen;
5. interkantonale Verträge durch Neuverhandlungen anpassen.

Das *Initiativkomittee* nennt als Begründung eine grobe Vernachlässigung der schulischen Infrastruktur an vielen Orten. Das Bildungsgesetz erwähnt die schulische Infrastruktur bislang nicht. Elemente der Schulkultur wie die Klassenlager, der Halbklassenunterricht auf der Primarstufe, der Schwimmunterricht oder das gymnasiale Freifachangebot wurden gestrichen oder gekürzt. «Optimierte» Klassengrössen führen zu deutlich längeren Schulwegen und kurzfristig auseinandergerissenen respektive neu gebildeten Klassen. Das möchte die Initiative ändern und bedürfnisgerechte Schulhäuser für alle Baselbieter Kinder und Jugendlichen fordern.

Der *Regierungsrat* teilt die Ansicht der Initianten, wonach eine hohe Schulqualität zu gewährleisten sei und die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen seien. Hingegen enthalten seiner Meinung nach Verfassung und Gesetz bereits klare Vorgaben zur Schulqualität und ihrer Sicherung. Eine neue gesetzliche Bestimmung sei deshalb nicht nötig. Pro Jahr geben Kanton und Gemeinden rund CHF eine Milliarde für Bildung aus. Von 2010 bis 2016 haben die Bildungsausgaben des Kantons und der Einwohnergemeinden um rund 5 Prozent zugenommen. Der Kanton BL verfüge über die erforderlichen Mittel, um wichtige Anliegen im Bildungsbereich aufzunehmen und umzusetzen.

Der Landrat hat am 08.11.2018 mit 60:3 Stimmen bei 10 Enthaltungen die Gesetzesinitiative abgelehnt.

2. Formulierte Gesetzesinitiative «Stopp dem Abbau an öffentlichen Schulen!» vom 22. Juni 2017

NEIN (69.87%)

Stimmbeteiligung **39.54%**

Diese Initiative verlangt, dass künftig eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Landrats erforderlich ist, um bestimmte Eckwerte im Bildungsbereich zu verändern. Das heisst, ohne das Erreichen dieser 2/3-Mehrheit könnten:

- **die Richt- und Höchstzahlen für *Klassengrössen* nicht erhöht werden,**
- **die «Gesamtzahl der Lektionen der *handwerklichen, gestalterischen und musischen Fächer* pro Schulstufe» nicht gesenkt werden,**
- **die «*individuelle Vor- und Nachbereitungszeit pro Lektion*» der Lehrpersonen nicht gekürzt werden,**
- **keine zusätzlichen Ausnahmen von Unentgeltlichkeit des Schulbetriebs vom Landrat beschlossen und auf die Erziehungsberechtigten übertragen werden.**

Aus Sicht der Initiantinnen und Initianten sollen die folgenden *vier Eckpfeiler* keinen Sparübungen aus Partikularinteressen heraus oder Zufallsmehrheiten zum Opfer fallen dürfen. Mit der Einführung eines Zweidrittel-Quorums und der damit erforderlichen politischen Mehrheit soll dem entgegengewirkt werden.

- *Klassengrössen:* Die veränderte Arbeitswelt verlange auch von schwächeren Schülerinnen und Schülern bestimmte Anforderungen, andernfalls könnten sie gar nie in die Erwerbsarbeit integriert werden und stattdessen höhere Sozialkosten verursachen. Diesen Herausforderungen können am ehesten begegnet werden, wenn die Lehrperson Zeit für das einzelne Kind habe.
- *Kosten für den Schulbetrieb*: Dass die öffentliche Schule weitgehend kostenlos sei, zähle zu den grössten Errungenschaften unserer Gesellschaft. Irgendwelchen Entwicklungen in die entgegengesetzte Richtung sollen im Sinne der Initiative entgegengewirkt werden.
- *Handwerkliche, gestalterische und musische Fächer*: Bei Sparmassnahmen seien solche «nicht so wichtigen Fächer» erfahrungsgemäss am ehesten von Kürzungen betroffen. Die Initiative folge dem Beispiel des Sportunterrichts, dessen Mindestumfang bereits heute per Bundesgesetz geschützt sei.
- *Vor- und Nachbereitungszeit*: Die heutige Schulrealität sei dadurch gekennzeichnet, dass die Lehrkräfte immer mehr Aufgaben neben dem eigentlichen Unterricht bewältigen müssen: Teamarbeit, Absprachen mit Förderlehrkräften, Planungssitzungen, Arbeitsgruppen, Konvente, verordnete Weiterbildungen, Administration, Berichte, Elternarbeit, umfassendere Beurteilungen usw. Der Unterricht müsse das eigentliche Kerngeschäft der Lehrerinnen und Lehrer bleiben und die dafür erforderliche Arbeitszeit solle verbindlich geschützt werden.

Die *Kantonsbehörden* teilen die Sorgen der Initianten nicht. Mit der Umsetzung der Initiative würden im Bildungsbereich neue starre und unzweckmässige Vorschriften eingeführt, die bisher in keinem anderen Aufgabenbereich des Kantons gelten.

Einzelne Bildungsbereiche sollen im Vergleich zu anderen Bildungsbereichen, aber auch zu anderen staatlichen Aufgaben wie Gesundheit, Sicherheit oder Soziales, nicht bevorzugt behandelt und geschützt werden. In keinem anderen Bereich des Kantons gelte eine Sonderregelung mit 2/3-Mehrheit des Landrats.

Die Umsetzung der Initiative würde die Handlungsfähigkeit und die Gestaltungsspielräume von Landrat, Regierungsrat und Bildungsrat im Bildungsbereich erheblich einschränken. Die Aufteilung der Zuständigkeit für die Stundentafel auf Bildungsrat und Landrat würde eine stimmige Beschlussfassung gefährden und die Weiterentwicklung erschweren.

Für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger würden die Entscheidungsmöglichkeiten verringert, da eine Vorlage nur beim Erreichen einer 2/3-Mehrheit im Landrat vor das Volk käme.

Die Umsetzung der formulierten Gesetzesinitiative führe dazu, dass bei allfälligen Sparmassnahmen im Kanton BL auf andere Bereiche ausgewichen werden müsste, die nicht durch besondere Bestimmungen vor Veränderungen geschützt sind, wie Mathematiklektionen oder Freifächer für Schülerinnen und Schüler, sowie die Brückenangebote oder die Schulsozialarbeit.

Der Landrat (mit 54:10 Stimmen bei 12 Enthaltungen) und der Regierungsrat lehnen die Gesetzesinitiative ohne Gegenvorschlag ab.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Abstimmungserläuterungen

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

BS

1. Kantonale Initiative «Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel»

JA (52.71%)

Stimmbeteiligung **55.49%**

Die Topverdienersteuer-Initiative verlangt, dass die Einkommenssteuer im oberen Einkommensbereich erhöht wird. Konkret soll die Einkommenssteuer steigen für Alleinstehende mit einem steuerbaren Einkommen über CHF 200'000.- respektive für Ehegatten mit einem steuerbaren Einkommen über CHF 400'000.-.

Das *Initiativkomitee* will mit der Initiative zu einer gerechten und soliden Finanzpolitik beitragen. Mindereinnahmen infolge des Basler Steuerkompromisses[1] sollen sozialverträglich abgefedert werden. Mit der Initiative soll einem möglichen Abbau entgegengewirkt und das Basler Steuersystem ein Stück weit gerechter gemacht werden. Durch die Initiative würde eine dritte Steuerklasse eingeführt, welche zusätzliche Einnahmen zugunsten aller generieren soll.

Laut Initianten schneidet das Basler Steuersystem im interkantonalen Vergleich schwach ab, weil es nur zwei Abstufungen der Besteuerung gibt. Untere und mittlere Einkommen werden heute wesentlich stärker

[1] Angenommen durch Volksabstimmung mit einem Anteil von 78.78% Ja bei einer Stimmbeteiligung von 48.84%. Vgl. Newsletter des Instituts für Föderalismus «Kantonale Volksabstimmungen vom 10. Februar 2019 – Die Ergebnisse», S. 15 – 17.

belastet als hohe Einkommen. Die Initiative soll die als ungerecht aufgefasste Besteuerung korrigieren und die Steuersätze stärker an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung orientieren. Nur das reichste Prozent der steuerpflichtigen Personen wäre von der Initiative betroffen, jedoch würde die ganze Bevölkerung davon profitieren.

Einkommenssteuern im Kanton BS

Tarif A (Alleinstehende):		
Steuerbares Einkommen	**Steuersatz heute**	**Steuersatz bei Annahme der Initiative**
Über CHF 200'000.- bis CHF 300’000	26 Prozent	**28 Prozent**
Über CHF 300'000.-	26 Prozent	**29 Prozent**
Tarif B (Ehegatten sowie Alleinstehende, die mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen zusammenleben):		
Steuerbares Einkommen	**Steuersatz heute**	**Steuersatz bei Annahme der Initiative**
Über CHF 400'000.- bis CHF 600'000.-	26 Prozent	**28 Prozent**
Über CHF 600'000.-	26 Prozent	**29 Prozent**

Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 9.

Die *Gegner* argumentieren hingegen, dass mit dem Basler Steuerkompromiss, der an der Abstimmung vom 10.02.2019 angenommen wurde, die Einkommenssteuern gesenkt wurden. Als Teil des Kompromisses wurde aber umgekehrt die Besteuerung der Dividenden von 50 Prozent auf 80 Prozent erhöht. Dies ging zu einem grossen Teil bereits zulasten der Personen, die auch von der «Topverdienersteuer» betroffen wären. Eine Annahme der Initiative bringe das Risiko mit sich, dass die Betroffenen ihren Steuersitz in einen anderen, steuergünstigeren Kanton verlegen.

In der Sitzung vom 14.11.2018 sprach sich der Grosse Rat bei 47 zu 47 Stimmen mit Stichentscheid des Präsidenten gegen die Topverdienersteuer-Initiative aus.

2. Kantonale Initiative «Mittelstand entlasten – Krankenkassenprämien von den Steuern abziehen! (Krankenkassen-Initiative)»

NEIN (50.08%)[2]

Stimmbeteiligung **55.49%**

Im Steuerjahr 2018 betrug der Versicherungsabzug bei den Einkommenssteuern im Kanton BS CHF 2'000.- / erwachsene Person. Im Rahmen des Basler Kompromisses zur Steuervorlage 17[3] wird

[2] Konkret: 28'250 Ja gegen 28'341 Nein, also ein Unterschied von 91 Stimmen.

[3] Mit einem Anteil von 78.78% Ja-Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 48.84%. Vgl. Newsletter des Instituts für Föderalismus «Kantonale Volksabstimmungen vom 10. Februar 2019 – Die Ergebnisse», S. 15 – 17.

dieser Abzug für selbstbezahlte Krankenkassenprämien schrittweise auf CHF 3'200/erwachsene Person erhöht.
Die kantonale Initiative verlangt, dass selbstbezahlte Prämien für die obligatorische Krankenpflege-versicherung vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können.

Laut *Initiativkomitee* wiegen die ständig steigenden Krankenkassenprämien finanziell schwer für die Basler Bevölkerung. Die Basler Bevölkerung zahle die schweizweit höchsten Prämien. Zahlreiche politische Vorstösse wurden eingereicht, teilweise wurden sie sehr knapp abgelehnt. Während Personen mit tiefen Einkommen von staatlicher Unterstützung profitieren, betreffen die Prämien vor allem den Mittelstand. Hier soll die Krankenkassen-Initiative ansetzen, indem die *selbstbezahlten Prämien* vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können.

Die Verfassung des Kantons BS soll wie folgt ergänzt werden:

§ 123 Abs. 3 (neu)

Selbstbezahlte Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung können vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden. Es kann eine Begrenzung der Abzugsfähigkeit vorgesehen werden, wobei mindestens die günstigste im Kanton angebotene Prämie abzugsfähig sein muss.

Konkret lässt die Initiative Spielraum bei der Umsetzung. Sie verlangt, dass *mindestens* die günstigste im Kanton angebotene Prämie von den Steuern abgezogen werden kann. Die Initiative sieht gegen oben jedoch keine Beschränkung vor. Es ist deshalb nicht klar, wie weit der erhöhte Abzug effektiv gehen würde:

Mögliche Auswirkungen der Initiative auf die Steuereinnahmen des Kantons

Abzug der günstigsten Prämie:
Die günstigste im Kanton angebotene Prämie liegt für die obligatorische Krankenversicherung im Jahr 2019 bei *CHF 3'816.-* pro Jahr (höchste Franchise, ohne Unfall). Nimmt man diese Prämie zum Massstab, so müsste der Abzug im Vergleich zum Basler Steuerkompromiss um weitere CHF 616.- erhöht werden, was für den Kanton bezogen auf aktuelle Steuerdaten zu Mindereinnahmen in Höhe von über *CHF 20 Mio.* pro Jahr führen würde.

Abzug der Durchschnittsprämie:
Die kantonale Durchschnittsprämie für Erwachsene liegt in BS im Jahr 2019 bei *CHF 7'224.-* pro Jahr. Nimmt man die Durchschnittsprämie zum Massstab für die Initiative, so würde dies im Vergleich zum Basler Steuerkompromiss zu einer noch stärkeren Erhöhung des Abzugs um CHF 4'024.- pro Jahr führen, was für den Kanton bezogen auf aktuelle Steuerdaten zu Mindereinnahmen in Höhe von geschätzt knapp *CHF120 Mio.* pro Jahr führen würde.

Abzug der Höchstprämie und der Prämien weiterer Personen:
Die kantonalen Höchstprämien liegen noch höher als die Durchschnittsprämien. Sollen auch diese Prämien vollumfänglich abzugsfähig sein und sollen zudem auch noch die Abzüge für Kinder, Jugendliche und andere unterstützungsbedürftige Personen erhöht werden, so ist bezogen auf aktuelle Steuerdaten mit Mindereinnahmen von geschätzt rund *CHF 200 Mio.* pro Jahr zu rechnen.

Nach Meinung der *Kantonsbehörden* wurden die Einkommenssteuern erst vor Kurzem in Rahmen des Basler-Kompromisses gesenkt. Die Initiative würde keine Lösung gegen steigende Gesundheitskosten bieten und zu nicht tragbaren Mindereinnahmen beim Kanton führen.

An seiner Sitzung vom 19.09.2018 sprach sich der Grosse Rat mit 88 zu 0 Stimmen gegen die Krankenkassen-Initiative aus.

3. Grossratsbeschluss vom 17. Oktober 2018 betreffend Ratschlag Ozeanium und die entsprechenden baurechtlichen Anpassungen NEIN (54.56%)

Stimmbeteiligung **55.49%**

Der Zoo Basel plant auf der Heuwaage unter dem Namen «Ozeanium» den Bau eines Grossaquariums. Das Ozeanium soll den Besucherinnen und Besuchern den Lebensraum Ozean näherbringen und wichtige Umweltthemen erklären. Im Ozeanium sollen in rund dreissig Aquarien Tiere aus allen Klimazonen gezeigt werden. Schulen und Hochschulen erhalten Raum zum Erkunden und Forschen. Neben den Aquarien sollen mit wechselnden Sonderausstellungen unterschiedliche Themen rund um den Ozean vermittelt werden.
Die Baukosten belaufen sich auf CHF 100 Mio. Das Ozeanium soll von privaten Spendern finanziert und ohne Staatsbeiträge betrieben werden.

Vorgesehener Standort des Ozeaniums ist die Heuwaage. Die Heuwaage ist heute Allmend und der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse zugeordnet. Erst mit einem Bebauungsplan, der die Details der zulässigen Bebauung regelt, kann das Ozeanium realisiert werden.

Der Zoo Basel hat im Jahr 2012 einen internationalen Architekturwettbewerb durchgeführt. Das siegreiche Projekt «Seacliff» diente als Grundlage für den nun vorliegenden Bebauungsplan. Dieser schafft den baurechtlichen Rahmen für das Ozeanium. Zudem müssen die Tramgleise verlegt werden, um das Ozeanium bauen zu können. Rund um die Heuwaage werden die Tramgleise und die Strassen neu organisiert. Geplant ist die Verlegung der Gleise in die Binningerstrasse. Die Kreuzung unter dem Heuwaage-Viadukt wird zum Kreisel umgebaut. Mit dieser Umgestaltung soll die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden verbessert und die Tramstrecke zwischen den Haltestellen Zoo und Heuwaage auf Doppelspur ausgebaut werden.

Quelle: Projekt Ozeanium

Die Verkehrsinfrastruktur muss ohnehin –unabhängig vom Ozeanium – in den nächsten Jahren erneuert werden. Die neue Verkehrsführung und die Kosten für die Arbeiten im Strassenraum sind nicht Thema der vorliegenden Abstimmung. Eine entsprechende Vorlage wird dem Grossen Rat zu einem späteren Zeitpunkt zum Beschluss vorgelegt.

Der *Grosse Rat* und der *Regierungsrat* unterstützen das Ozeanarium. Hauptziel sei es, das Bewusstsein für die Ozeane zu wecken. Dies beinhalte auch, dass der Zoo dem Tierwohl oberste Priorität beimisst. Die Tiere und Pflanzen stammen aus Zuchtbeständen des Zoos oder aus nachhaltigem Fang. Das Ozeanium sei auch beim Energie- und Wasserverbrauch vorbildlich. Dazu würde durch das Ozeanium die Heuwaage vom Verkehrsraum zum Lebensraum: Der heute vom Verkehr belegte Raum soll zu einem Aufenthaltsort werden. Darüber hinaus soll das Ozeanium rein privat finanziert werden; der Zoo Basel bringe zudem viel Erfahrung mit grossen Bauprojekten (zum Beispiel Elefantenanlage) mit.

Der Zoo rechnet damit, dass das Ozeanium mit über 500'000 Besucherinnen und Besuchern pro Jahr zu einer der besucherstärksten Attraktionen der Region wird und somit auf Augenhöhe mit der Fondation Beyeler oder dem Kunstmuseum liege, was zur Attraktivität der gesamten Region Basel beitrage.

Gegnerinnen und Gegner des Projekts haben das Referendum ergriffen. Sie stehen einem für ihr Dafürhalten «klimaschädlichen Prestigebau» entgegen, deren Betrieb allein täglich Unmengen an Energie erfordere. Auch wenn der Bau in Basel mit Spenden finanziert werden soll, drohe nach Inbetriebnahme ein massives Defizit, welches schliesslich auf Steuerzahlende zurückfallen könnte.

Es drohe zudem ein Verkehrskollaps, und den Baslerinnen und Baslern würde die Chance auf einen städtebaulich verträglichen Begegnungsort im Stadtzentrum vorenthalten. Schliesslich solle der «Prestigebau» für den «Schutz der Meere» sensibilisieren; doch würde dem zeitgemässen Natur- und Tierschutz mit Investitionen vor Ort langfristig und besser gedient.

An seiner Sitzung vom 17.10.2018 stimmte der Grosse Rat dem Ratschlag Ozeanium mit 69 gegen 13 Stimmen zu.

4. Grossratsbeschluss vom 14. November 2018 betreffend Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG)

JA (59.05%)

Stimmbeteiligung **55.49%**

Diese Gesetzesänderung setzt sich folgendermassen zusammen:

1) **Der erste Teil der Teilrevision enthält Bestimmungen zur Besteuerung von Maklerprovisionen, zur Erweiterung der Abzugsfähigkeit von Liegenschaftsunterhaltskosten aufgrund der Energiestrategie 2050 und Anpassungen im Zusammenhang mit dem neuen Geldspielgesetz. Bei diesen Änderungen handelt es sich um den *Nachvollzug von bundesrechtlichen Bestimmungen*. Das heisst, die Änderungen des Steuerharmonisierungsgesetzes des Bundes machen eine Anpassung des kantonalen Steuergesetzes *notwendig*.**
2) **Zum anderen schafft die Vorlage die gesetzliche Grundlage im Kanton BS, wonach die Einwohnergemeinden und die öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften die Steuerveranlagung und den Steuerbezug an die kantonale Steuerverwaltung *übertragen* können. Nur gegen *diese* Bestimmungen wurde das Referendum ergriffen.**

Bis anhin veranlagen und beziehen die Gemeinden und Religionsgemeinschaften die Steuern selbstständig. Die dabei verwendete Software muss nun aber vollumfänglich erneuert werden, was mit erheblichen Kosten verbunden ist.

Die Gemeinde Bettingen und die betreffenden Religionsgemeinschaften möchten deshalb diese Aufgabe der kantonalen Steuerverwaltung *übertragen*. Für die Steuerverwaltung BS würde sich mit einer solchen Vereinbarung ändern, dass neu sie die Gemeinde- und Kirchensteuern veranlagt und bezieht. Demnach würde nun die kantonale Steuerverwaltung die steuerpflichtigen Personen anschreiben und als deren Ansprechpartner dienen. Im Falle einer Übertragung der Veranlagung und des Bezuges wäre ein Vertrag mit dem Kanton abzuschliessen. In diesem Vertrag solle sichergestellt werden, dass der Kanton für den Mehraufwand entschädigt wird. Somit entstünde dem Kanton keine finanzielle Mehrbelastung.

Regelungen zur Kirchensteuer im Kanton BS

Die Kantonsverfassung und das baselstädtische Kirchengesetz räumen öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften das Recht ein, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben. Im Kanton BS öffentlich-rechtlich anerkannt sind die *Römisch Katholische Kirche* (RKK), die *Evangelisch reformierte Kirche* (ERK), die *Christkatholische Kirche* (CKK) sowie die *Israelitische Gemeinde* (IGB). Wer die Kirchensteuer zu veranlagen und zu beziehen hat, ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. Es wird nicht verlangt, dass die Kirchensteuer von den Religionsgemeinschaften selbst veranlagt und erhoben werden muss.

Die Kirchensteuer entspricht in BS einem prozentualen Anteil der geschuldeten Kantonssteuer. Die Höhe wird von der jeweiligen Kirche bestimmt. Gemäss Kirchengesetz hat sich die Steuer nicht nur nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kirchenangehörigen zu bemessen, sondern muss im Einklang mit dem kantonalen Steuersystem stehen. Die Steuerordnungen bedürfen daher der Genehmigung des Regierungsrates. Der Regierungsrat übt zudem die Oberaufsicht über die Vermögensverwaltung der vier öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften aus.

Quelle: Abstimmungserläuterungen, S. 36

Die *Kantonsbehörden* unterstützen diese Änderung als eine kosteneffiziente Lösung, welche die Religionsgemeinschaften und Gemeinden administrativ entlasten würde. Zudem sei damit eine erhöhte Transparenz für die steuerpflichtige Personen verbunden. Der Systemwechsel würde sich bewähren, da mehrere andere Kantonen eine solche Aufgabenteilung seit Längerem kennen und deren Handhabung erprobt haben.

Bei einem Nein zur Vorlage hätten nicht nur die Kirchen und Religionsgemeinschaften, sondern auch die Gemeinden keine Möglichkeit, den Bezug und die Veranlagung der Steuern an die kantonale Steuerverwaltung zu übertragen.

Gegen den Beschluss des Grossen Rates wurde das *Referendum* ergriffen. Die Änderung ist nach Meinung des *Referendums-Komitees* ein Rückschritt im Verhältnis Kirche–Staat. Das Eintreiben von Kirchen-Mitgliedsbeiträgen sei nicht Sache des Staates, sondern müsse weiterhin Aufgabe der Gemeinschaften bleiben. Übrigens treibe der Staat weder die Mitglieds-Beiträge des Roten Kreuzes noch der Fussballclubs, Gesangvereine oder der Fasnachtscliquen ein. Schliesslich wollen die *Gegnerinnen und Gegner* keine «Weltanschauungs»-Daten bei der Steuerverwaltung: dies würde der nötigen Neutralität des Staates widersprechen.

An seiner Sitzung vom 14.11.2018 stimmte der Grosse Rat der Teilrevision des Steuergesetzes mit 76 gegen 6 Stimmen zu.

5. Grossratsbeschluss vom 9. Januar 2019 betreffend Neubau Naturhistorisches Museum Basel und Staatsarchiv Basel-Stadt und die entsprechenden baurechtlichen Anpassungen

JA (60.33%)

Stimmbeteiligung **55.49%**

Das Naturhistorische Museum Basel und das Staatsarchiv Basel-Stadt sind zwei traditionsreiche Basler Institutionen. Sie haben den Auftrag, wertvolles Kulturgut zu bewahren, zu pflegen und der breiten Öffentlichkeit und der Forschung zugänglich zu machen.
Beide Institutionen sind in stark sanierungsbedürftigen Liegenschaften untergebracht. Sie kämpfen seit Jahren mit schweren räumlichen Mängeln wie undichten Stellen an Dächern und Fenstern sowie Schimmel im Dachgeschoss. Dem historisch wertvollen Sammelgut droht in den unzulänglich klimatisierten Magazinen und Sammlungen irreparabler Schaden.

Das derzeit im Berri-Bau an der Augustinergasse beheimatete *Naturhistorische Museum* Basel beherbergt rund 11.8 Millionen Objekte, die für Forscherinnen und Forschern aus aller Welt von Bedeutung sind. Mit über 120'000 Besuchenden pro Jahr, darunter rund 1'400 Schulklassen, ist es eines der meistbesuchten Museen Basels. Das *Staatsarchiv* ist mit über 20 Laufkilometern Akten und bis zu 20'000 Benutzungen pro Jahr das historische Gedächtnis des Kantons. Als Schnittstelle zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind im Staatsarchiv Originalquellen aus rund 1'000 Jahren Basler Geschichte öffentlich zugänglich.

Angesichts der starken Sanierungsbedürftigkeit der Liegenschaften wurde eine Rückkehr des Naturhistorischen Museums in den sanierten Berri-Bau und externe Lager untersucht, jedochverworfen[4]. Im Juni 2013 beschloss der Grosse Rat, die Platznot und die konservatorischen Probleme der beiden Institutionen mit einem *gemeinsamen Neubau* am Vogesenplatz beim Bahnhof St. Johann zu beheben. In einem internationalen Architekturwettbewerb wurde das beste Projekt gekürt.

Der Grosse Rat hat für die Realisierung des Neubaus für das Naturhistorische Museum Basel und das Staatsarchiv BS sowie die damit verbundenen Umzugskosten einen Gesamtbetrag von CHF 214'061'000.- bewilligt und die entsprechenden baurechtlichen Massnahmen beschlossen. Gegen den Beschluss des Grossen Rates wurde das Referendum ergriffen[5].

Das *Referendumskomitee* empfiehlt, den Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv abzulehnen. Dadurch würden die fünf Museumsstandorte auseinandergerissen, was für Besuchende ein Nachteil wäre und zu einer Attraktivitätsminderung führen würde. Darüber hinaus könnte das Projekt explodierende Betriebskosten zur Folge haben, wobei die Basler Steuerzahler in den nächsten zehn Jahren mehr als eine halbe Milliarde Franken Baukosten für Museumsbauten und -sanierungen erwarte

[4] Die jetzigen Standorte des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs eignen sich für neue Nutzungen. So sollen das *Antikenmuseum* Basel und die *Skulpturhalle* im denkmalgeschützten Berri-Bau untergebracht werden. Die Skulpturhalle würde somit an ihren ursprünglichen Ausstellungsort (1849–1887) zurückkehren. Die im Staatsarchiv freiwerdenden Räumlichkeiten können durch den Kanton genutzt werden. Über die Nachnutzungen wird der Grosse Rat zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden.

[5] Verfassung des Kantons Basel-Stadt, vom 23.03.2005 (in Kraft seit 13.07.2006), GS 111.100; § 52 Abs. 1 Bst. b i.V.m. Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz), vom 14.03.2012 ; GS 610.100
«§ 29**:** [1] Beschlüsse des Grossen Rates, welche die Bewilligung einer Ausgabe über CHF 1.5 Mio. enthalten, unterliegen dem fakultativen Referendum.»

Schliesslich kritisieren die Gegnerinnen und Gegner, dass ein solcher «Museumsgigantismus» kleinere Kulturinstitutionen bedrohe, weil die Museen einen grossen Teil des Kulturbudgets beanspruchen würden.

Quelle Visualisierung © EM2N

An seiner Sitzung vom 09.01.2019 stimmte der Grosse Rat dem Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv mit 71 gegen 19 Stimmen zu.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Abstimmungserläuterungen

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

FR

Une votation portant sur trois objets est fixée au 30.06.2019

- **Loi sur l'exercice du commerce**
- **Loi sur la mise en œuvre de la réforme fiscale**

- **Décret relatif aux contributions financières transitoires de l'Etat en faveur des communes et des paroisses**

  Après mûre réflexion, et ceci par souci de ne pas empiéter sur le week-end de la Fête-Dieu, le Conseil d'Etat du canton de FR a fixé un scrutin à la date du 30.06.2019 afin de soumettre à la votation le décret relatif aux contributions financières transitoires de l'Etat en faveur des communes. Cette nouvelle date remplace celle, initialement annoncée, du 23.06.2019.

  Comme les référendums ont abouti, la loi sur l'exercice du commerce et la votation concernant la loi sur la mise en œuvre de la réforme fiscale seront également soumises au peuple le 30.06.2019.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Brochure d'explications du Conseil d'Etat

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

GE

Une situation pour le moins originale (Objets N° 1, 2 et 3)

La Caisse de prévoyance de l'Etat de Genève (CPEG) compte près de 72'500 assurés, dont environ 24'500 retraités. Fin 2018, sa fortune évaluée à CHF 12.6 Mrd couvrait 58.1% de ses engagements envers les assurés, alors que le droit fédéral exige une couverture de 80% d'ici 2052.

En 2018, le Comité de la CPEG a annoncé qu'en l'absence d'un financement complémentaire de l'Etat il serait contraint de réduire les prestations des futurs retraités. La Caisse doit donc être assainie pour répondre aux contraintes légales fédérales. Les citoyens genevois ont le choix entre deux solutions antagonistes.

L'un des projets de recapitalisation (N° 1) est porté par la gauche et le Mouvement citoyens genevois (MCG). L'autre projet (N° 2) a été élaboré par le Conseil d'Etat ; il est soutenu par les milieux de droite.

Les deux textes, pourtant opposés, ont été acceptés au Parlement. Ils ont ensuite été, chacun, combattus par un referendum.

Les deux solutions proposent une recapitalisation immédiate de la caisse à hauteur de 75%. Elles s'écartent pourtant sur de nombreux points essentiels (cf. ci-après).

Les électeurs pourront exprimer leur préférence en répondant à une question subsidiaire (N° 3). Cette nouveauté a été introduite en urgence par le gouvernement dans la législation, car la situation qui voyait deux lois contradictoires, mais portant sur le même objet, soumises au peuple lors d'un même scrutin était totalement inédite à GE.

Source : brochure explicative, avec l'aide de 24Heures

1. Loi modifiant la loi instituant la Caisse de prévoyance de l'Etat de Genève (LCPEG) (Financement de la CPEG) (B 5 22 – 12228), du 14 décembre 2018 (loi 1)

OUI (52.83%)

Participation **45.29%**

Proposée par des députés au Grand Conseil, la loi 12228 a pour objectif de recapitaliser la Caisse pour maintenir les rentes des assurés actifs de la Caisse à leur niveau du 01.01.2018 et de favoriser l'investissement de la CPEG dans l'immobilier.
La loi prévoit une recapitalisation de la Caisse à hauteur de 75% de ses engagements, principalement par un transfert de l'Etat à la CPEG de terrains constructibles ou de droits à bâtir, en particulier dans les terrains destinés aux logements situés dans le secteur Praille – Acacias – Vernets (PAV). La loi maintient un fonctionnement en *primauté des prestations*.

Cette loi permettrait à la CPEG d'agrandir son parc immobilier pour soutenir ses rendements et la population bénéficierait de logements locatifs à l'abri de la spéculation immobilière.

La loi 12228 prévoit le maintien de la *primauté des prestations* : la pension de retraite est déterminée par un pourcentage du dernier salaire assuré et selon la durée d'assurance, à la différence du système en primauté des cotisations dans lequel les prestations sont déterminées par les cotisations versées. L'objectif est de garder les prestations à leur niveau du 01.01.2018 : rente de 60% du dernier salaire assuré. La répartition des cotisations resterait à 67% pour l'employeur et 33% pour l'employé.

Les auteurs de cette loi estiment que la fonction publique a déjà fait des efforts depuis la création de la CPEG : baisse des prestations de 12%, augmentation de la durée de cotisation à 40 ans pour obtenir une rente pleine, augmentation des cotisations de plus de 30% et hausse de l'âge pivot de 64 à 65 ans au 01.01.2018. Selon eux, c'est l'Etat qui devrait désormais remédier à la sous-capitalisation historique de la Caisse.

Sur la base de la situation financière de la CPEG au 01.01.2019, avec un taux technique de 2.0% et un rendement de la fortune de 3.0%, le montant de la recapitalisation est estimé entre CHF 4.4 et 5.4 Mrd pour se conformer à la loi sur la CPEG, dont environ entre CHF 200 et 300 Mio seraient versés par les autres employeurs affiliés non subventionnés par l'Etat de GE. Ce montant est amorti sur 40 ans, si bien que le coût annuel pour l'Etat est estimé, au 01.01.2019, entre CHF 169 et 213 Mio l'année de la recapitalisation.

Une *minorité du Grand Conseil* reproche à cette loi de ne pas instituer de changement structurel du système de prévoyance, de ne pas s'appuyer sur des analyses financières réalistes et de ne pas répartir les efforts entre les employeurs et les employés. Elle voit dans cette loi une solution onéreuse pour le contribuable, fragile et peu durable qui n'écarterait pas le risque de nouvelles mesures coûteuses pour l'Etat et de baisses de prestations pour les assurés actifs. Elle est d'avis que la loi 12228 ferait peser un risque de trop forte concentration de la fortune de la CPEG dans l'immobilier et en particulier dans le secteur PAV.

Le *Conseil d'Etat* s'oppose à la loi 12228, parce qu'elle prévoit une recapitalisation sans modifications structurelles, sans passage en primauté des cotisations. Il note que la primauté des prestations conservée dans cette loi n'aurait pas permis de maintenir le niveau des rentes comme le montrent les baisses des dernières années.

Les *comités référendaires* s'opposent également à ce texte, tout d'abord parce qu'il n'introduit pas le système de primauté de cotisations. Qualifié de « privilège » le principe de primauté des prestations (rente calculée sur le dernier salaire et non sur le capital accumulé) serait maintenu, en plus d'une prise en charge des cotisations par l'Etat-employeur à hauteur de 2/3 alors que le régime légal ordinaire serait de 50% pour l'employeur et 50% pour l'employé.

Ils considèrent par ailleurs que le financement de la recapitalisation par la cession par l'Etat des terrains de la zone Praille–Acacias–Vernets (PAV) à la CPEG serait une erreur, car d'une part elle déséquilibrerait le portefeuille des investissements de la CPEG de manière non conforme au droit supérieur[6], et de l'autre parce que le projet actuel du PAV prévoit sur ses terrains la construction de logements d'utilité publique (LUP), soit des logements à loyer modéré qui, de par leur nature, ne rapporteraient pas un rendement substantiel suffisant pour couvrir la recapitalisation ainsi que le service des rentes des affiliés.

2. Loi modifiant la loi instituant la Caisse de prévoyance de l'Etat de Genève (LCPEG) (B 5 22 – 12404), du 14 décembre 2018 (loi 2)

OUI (52.64%)

Participation **45.29%**

Proposée par le Conseil d'Etat, cette seconde loi prévoit une recapitalisation permettant d'atteindre immédiatement un degré de couverture de 75%. Elle initie également une *réforme structurelle* de la CPEG avec le passage de la primauté des prestations à celle des cotisations. Cette loi institue en outre une nouvelle répartition des cotisations entre employeurs et employés.

La réforme proposée par cette seconde loi répartit les efforts entre l'Etat et les assurés. Elle repose sur des hypothèses qualifiées de « prudentes » et ses principes sont les suivants :

- *la primauté des cotisations*, système adopté par la quasi-totalité des caisses publiques suisses : les cotisations de l'assuré et de l'employeur constituent un capital augmenté d'intérêts, qui est ensuite converti en rente pour indiquer le montant de la pension de retraite. Actuellement, la caisse fonctionne en *primauté des prestations* : la pension de retraite est déterminée par un pourcentage du dernier salaire assuré et en fonction de la durée d'assurance ;
- le maintien des cotisations au niveau actuel avec une nouvelle répartition : la part payée par les employés passerait de 33% à 42%, celle des employeurs passant de 67% à 58% ;
- une recapitalisation évaluée le 01.01.2019 à CHF 4.9 Mrd, qui porterait le taux de couverture à 75% dans l'immédiat. Environ CHF 500 Mio seraient versés par l'Etat et environ CHF 300 Mio par les autres employeurs affiliés non subventionnés par l'Etat de GE. Le solde serait financé par le biais d'un prêt simultané d'environ CHF 4.1 Mrd, remboursé sur une période de 40 ans par le biais de terrains à bâtir de l'Etat ou en espèces ;
- une limitation à maximum 5% de baisse des prestations au moment de l'entrée en vigueur de la loi;

---

6 En effet, le droit fédéral exige que les caisses de pension soient autonomes et indépendantes et prévoit donc un plafond du pourcentage des actifs immobiliers détenus. Pour cette raison, une minorité du Grand Conseil a proposé un amendement à l'article 78 al. 3 :
[3] A la demande de la CPEG, le Conseil d'Etat lui propose, à titre de remboursement du prêt simultané, des terrains et des droits à bâtir destinés à la construction de logements (hors HBM) *tant et aussi longtemps que la part de l'immobilier dans la fortune globale de la CPEG est inférieure à 45%*. A cette fin, le Conseil d'Etat communique les informations nécessaires à la CPEG, à l'avance et en temps utile.
Rapport de la commission des finances chargée d'étudier le projet de loi du Conseil d'Etat modifiant la loi instituant la Caisse de prévoyance de l'Etat de Genève (LCPEG) (B 5 22)., du 07.12.2018, PL 12404-A ; p. 216.

- le choix entre 3 plans de prévoyance à partir de 45 ans.

Le coût de la recapitalisation serait partiellement compensé par la baisse des cotisations des employeurs et amorti sur une durée de 40 ans. Ainsi le coût annuel pour l'Etat est estimé au 01.01.2019 à CHF 119 Mio l'année de la recapitalisation, puis à environ CHF 2.8 Mio de moins chaque année.

Une *minorité du Grand Conseil* rejette cette loi. Elle s'oppose à la primauté des cotisations, qui ne garantirait pas un objectif de rente selon les derniers salaires et rendrait les futures rentes dépendantes des aléas boursiers. Elle s'oppose aussi à l'augmentation de la part des cotisations des employés. Selon elle, le choix entre trois plans de prévoyance différents à partir de 45 ans constituerait un recul du principe de solidarité.

De son côté, le *Conseil d'Etat* relève que cette réforme permettrait d'atteindre l'indispensable équilibre financier. Le passage à la primauté des cotisations permettrait à la CPEG d'améliorer le pilotage à court et moyen terme pour faire face à des modifications rapides de l'environnement économique, alors que la primauté des prestations actuellement en vigueur n'aurait pas permis de maintenir le niveau des rentes. Le coût pour l'Etat de cette réforme demeurerait contenu grâce à un étalement de la recapitalisation sur 40 ans et la réduction des cotisations de l'employeur. Ce projet serait donc aux yeux du gouvernement cantonal le meilleur moyen de réduire le risque pour l'Etat de GE de devoir actionner sa garantie portant déjà sur plus de CHF 9 Mrd aujourd'hui.

Quant aux *comités référendaires*, ils commencent par rappeler que la CPEG résulte de la fusion de la CEH et de la CIA qui avait entraîné, en 2014, une baisse de 17% des rentes[7] ; cinq ans après, le Conseil d'Etat imposerait des coupes supplémentaires. Par ailleurs, la loi 12404 répartirait les cotisations de façon injuste ; en effet, la plus grande partie de la recapitalisation serait apportée par les assurée-s eux-mêmes, par une augmentation des cotisations de 26.1%. Ainsi, au bout de 40 ans, le coût final pour l'Etat serait de CHF 1.4 Mrd environ au lieu de CHF 3.2 Mrd.

Par ailleurs, la loi 12404 ne permettrait pas à la CPEG de s'aligner sur les caisses privées, car dans de « bonnes caisses de pension privées » on peut trouver une répartition des cotisations de 37% pour les assuré-e-s et de 63% pour l'entreprise, proche de la répartition actuelle de la CPEG. Les auteurs du projet entendraient donc transférer les risques des marchés financiers aux assuré-e-s, alors qu'il faudrait les partager équitablement avec les employeurs affiliés à la CPEG.

Cette loi 12404 a été adoptée par le Grand Conseil lors de sa séance du 14.12.2018 par 47 oui contre 37 non et 14 abstentions.

3. Question subsidiaire pour départager les lois 12228 et 12404

Loi 1 préférée (52.87%)

Participation **45.29%**

Le 14.12.2018, le Grand Conseil GE a adopté deux projets de loi permettant une recapitalisation partielle, mais conséquente, de la CPEG. *Les deux projets s'excluent l'un l'autre* et ne peuvent ainsi pas entrer en vigueur simultanément. Cette situation, inédite à GE, n'avait pas été prévue par la

[7] Le 03.03.2013, le peuple genevois a accepté la loi instituant la CPEG avec 75.1% de oui, 24.9% de non et 6.3% de bulletins blancs. La fusion est effective depuis le 01.01.2014.
Cf. Newsletter de l'Institut du Fédéralisme, Les votations cantonales du 3 mars 2013 – Les résultats, p. 9–10.

Constitution[8].

En urgence, le Conseil d'Etat a décidé que le peuple départagerait les deux textes si, et seulement si, un référendum était demandé sur les textes respectifs. De la sorte, les partisans de chacun des textes ont lancé un référendum contre l'autre.

La loi sur l'exercice des droits politiques (LEDP – A 5 05) prévoit désormais que, lorsque deux lois de contenu incompatible modifiant la même loi sont votées par le Grand Conseil lors de la même session, qu'elles font toutes deux l'objet d'un référendum et qu'elles sont soumises en votation lors de la même opération électorale, alors le peuple se prononce indépendamment sur chacune des deux lois, puis indique sa préférence en répondant à une question subsidiaire.

Loi sur l'exercice des droits politiques (LEDP), du 15.10.1982 ; RSG A 5 05 ; téléchargeable ici.[9]

Art. 57 *Manière d'exprimer sa volonté*

[1] Lors d'une votation, l'électeur doit exprimer sa volonté exclusivement en cochant, sur le bulletin ou le bulletin électronique, la case « oui » ou la case « non » correspondant à chacune des questions posées.

[2] Lorsque deux lois de contenu incompatible modifiant la même loi sont votées par le Grand Conseil lors de la même session, qu'elles font toutes deux l'objet d'un référendum et qu'elles sont soumises en votation lors de la même opération électorale, l'électeur doit au surplus indiquer sa préférence pour l'une ou l'autre des deux lois en répondant à la question subsidiaire. Pour ce faire, il doit cocher, sur le bulletin ou le bulletin électronique, la case correspondant à la loi qu'il choisit.

[3] Lors d'un vote sur une initiative et un contreprojet, l'électeur doit au surplus exprimer sa volonté exclusivement en cochant, sur le bulletin ou le bulletin électronique, la case « initiative » ou la case « contreprojet » pour répondre à la question subsidiaire posée.

La loi a par ailleurs été munie d'une clause d'urgence, dès lors qu'elle devait impérativement être en vigueur au moment de la votation faisant suite aux référendums lancés contre les deux lois modifiant la LCPEG. Dès lors, la modification a été adoptée en troisième débat par le Grand Conseil le 31.01.2019 par 84 oui, 11 non et 0 abstention ; elle est entrée en vigueur le 09.02.2019.

Pour le comité de la CPEG, il est indispensable qu'une des deux lois soit acceptée le 19 mai afin d'éviter le pire. Un double non conduirait à une baisse des rentes d'environ 10% en janvier 2020. La caisse pourrait aussi perdre son autorisation de fonctionner en capitalisation partielle, ce qui actionnerait la garantie de l'Etat.

---

8 Le 24.06.2012, la Constituante GE a refusé par 44 non, 20 oui, 5 abstentions, la thèse 102.51.b, soit un « référendum à variantes et à question subsidiaire » qui ressemblerait au texte adopté le 31.01.2019 :
1. Le parlement peut décider de joindre à un projet soumis au référendum obligatoire ou facultatif une variante ;
2. En cas de vote populaire, le vote a lieu selon la procédure relative aux initiatives avec contreprojet ;
3. Si le projet est soumis au référendum facultatif et que celui-ci n'est pas demandé ou que le nombre de signatures requis n'est pas atteint, la variante est caduque.
Cf. Bulletin officiel de l'Assemblée constituante, p. 2644.

9 Pour suivre la genèse de cette modification législative, cf. Projet de loi modifiant la loi sur l'exercice des droits politiques (LEDP) (A 5 05) ; projet présenté par le Conseil d'Etat et déposé le 16.01.2019.

4. Loi modifiant la loi sur les heures d'ouverture des magasins (LHOM) (Sauvons les emplois du commerce genevois) (I 1 05 – 12372), du 21 septembre 2018

OUI (52.53%)

Participation **45.29%**

Cette loi propose de modifier le système prévu par l'article 18A de la loi sur les heures d'ouverture des magasins[10]. Cette disposition prévoit, dans sa teneur actuelle, que l'ouverture des magasins durant trois dimanches par an est conditionnée à l'existence d'une convention collective de travail (CCT) étendue pour le secteur du commerce de détail. Or, cette condition n'est à ce jour pas réalisée. Aussi, la loi proposée prévoit de permettre, durant une période expérimentale, l'ouverture des magasins *durant trois dimanches par année* en remplaçant la nécessité d'une CCT étendue par le respect des compensations découlant des usages dans la branche pour le travail dominical exceptionnel. Les employeurs ne pourront pas se passer pour autant de l'accord des employés.
L'objectif de cette loi est d'améliorer la situation du commerce genevois, mis à rude épreuve par le tourisme d'achat en France voisine et les nouvelles habitudes de consommation.

Le commerce de détail est en difficulté et subit une forte concurrence avec les ventes en ligne et le tourisme d'achat. Dans le canton de GE, ce secteur voit le nombre des emplois se réduire et le chômage progresser. En France voisine, le nombre de surfaces dédiées au commerce de détail progresse fortement. Les conditions-cadres dans les départements limitrophes seraient sans comparaison avec celles existant dans le canton de GE : flexibilité des horaires, ouverture durant les week-ends etc.

Dans ce contexte, les « Conditions usuelles de travail » (les usages) sont fréquemment imposées à un secteur, mais les CCT sont du ressort des partenaires sociaux. Actuellement, il n'existe aucun dialogue social dans le commerce de détail.

Pour *la majorité du Grand Conseil*, les conditions inhérentes à la mise en place d'une CCT étendue seraient si peu réalisables qu'il est proposé de remplacer, pour une période expérimentale, l'exigence d'une CCT étendue par l'application des usages, ce qui permettrait ainsi de recréer le dialogue social. Pour les dimanches, il est question d'une indemnité à hauteur de 100% du salaire, et, pour le 31 décembre, d'une augmentation de 200% de ce dernier.

Selon une *minorité du Grand Conseil*, s'il est indéniable que le secteur rencontre de grandes difficultés, il serait simpliste de penser qu'étendre les horaires d'ouverture serait de nature à répondre aux changements de comportements en matière de consommation. Il serait également infondé de supposer que les consommateurs – dont une grande partie voit sa situation se précariser et ses ressources diminuer – trouveraient des revenus supplémentaires pour consommer plus.

Sur le principe, le *Conseil d'Etat* est favorable à toute mesure qui permettrait au commerce de détail de répondre à la concurrence de la France voisine. Il rappelle que les organisations patronales et syndicales n'ont pas pu trouver, à ce jour, un accord en vue de conclure une CCT étendue. Dès lors, l'ouverture des magasins trois dimanches par année, pourtant voulue par le peuple, n'a pas pu se mettre en œuvre. Aussi, le Conseil d'Etat estime que cette loi « expérimentale » aurait le mérite de ne pas bloquer la mise en application de la volonté populaire.

L'argumentation du *Comité référendaire* est simple : Pas d'ouverture le dimanche, sans protection du personnel de vente! Pour ouvrir les commerces le dimanche, le dispositif actuel suffirait, pour peu que les patrons garantissent au personnel de vente des conditions de travail correctes. Par ailleurs, le compromis

[10] Loi sur les heures d'ouverture des magasins (LHOM), du 15.11.1968 ; RSG I 1 05.

accepté le 27.11.2016 par les citoyens de GE (trois dimanches contre une CCT)[11].n'est toujours pas réalisé et serait remis en question par la loi soumise au vote. Sans CCT fixant notamment les horaires et jours de congé fixes, l'organisation de vie des vendeuses et vendeurs est un casse-tête, particulièrement lorsque se rajoutent des charges familiales.

Par ailleurs, en permettant des ouvertures dominicales sans protection des salarié-e-s, le nombre d'enseignes pouvant ouvrir le dimanche risque d'exploser et d'accélérer la disparition des petits commerces. Finalement, la loi proposée ne créerait pas d'emploi, car l'extension des horaires d'ouverture ne ferait qu'étaler la consommation dans le temps ; au surplus, le tourisme de consommation serait exclusivement dicté par les différences de prix.

5. Loi modifiant la loi sur l'imposition des personnes morales (LIPM) (RFFA) (D 3 15 – 12006), du 31 janvier 2019

OUI (58.22%)

Participation **45.29%**

A GE la réforme introduirait un taux d'imposition effectif unique du bénéfice de 13.99% pour toutes les entreprises. Les sociétés qui bénéficiaient d'un statut fiscal privilégié devraient voir leurs impôts augmenter, alors que les sociétés ordinaires, notamment les PME locales, devraient voir leur charge fiscale diminuer. La stratégie adoptée consiste à limiter fortement l'utilisation de mesures fiscales telles que l'imposition réduite des bénéfices provenant des brevets et droits comparables et la déduction accrue des frais de recherche et développement, afin d'atténuer les effets de la réforme sur les finances publiques.

Rappel du contexte

Actuellement, certaines sociétés, basées en Suisse et actives essentiellement à l'étranger, bénéficient de conditions fiscales plus avantageuses que d'autres (statut fiscal privilégié). Afin de se conformer aux normes internationales, la Suisse s'est engagée à supprimer ces statuts fiscaux privilégiés d'ici au 01.01.2020, de façon à établir une égalité de traitement entre toutes les entreprises. Suite au rejet de la RIE III en février 2017, les grands principes de cette réforme doivent être régis par la loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA, soumise elle aussi au vote populaire le 19.05.2019) et les cantons disposent d'une marge de manœuvre pour en définir la mise en œuvre.

La réforme prévoit les éléments suivants :

- Taux effectif d'imposition du bénéfice fixé à 13.99% pour toutes les personnes morales[12]. Ce taux entraînerait une augmentation d'impôts sur le bénéfice pour les sociétés à statut fiscal privilégié qui, en 2020, payeraient un montant supplémentaire estimé à CHF 344.6 Mio. Selon les projets annoncés, quinze cantons prévoient de fixer un taux d'imposition inférieur à 13.99%.

[11] Par 57.42% de oui avec une participation de 45.38% ; cf. Newsletter de l'Institut du Fédéralisme «Les votations cantonales du 27 novembre 2016 – Les résultats, p. 12–13.

[12] Le taux de 13.99%, respectivement de 13.48%, est le taux effectif calculé compte tenu des centimes additionnels communaux de la Ville de Genève.

- Les allègements liés aux réductions fiscales sur les brevets et droits comparables et déduction accrue des frais de recherche et développement seraient limités à 9% du bénéfice imposable (contre 70% dans le droit fédéral). Ainsi, le taux d'imposition après cumul des allègements ne pourrait être inférieur à 13.48%[13]. Selon une étude récente, seul le canton du TI aurait un taux minimal d'imposition supérieur à celui de GE[14].
- Imposition réduite des participations, brevets et prêts intragroupe à un taux effectif de 0.001% sur le capital.
- Imputation progressive de l'impôt sur le bénéfice à l'impôt sur le capital durant les cinq premières années suivant l'entrée en vigueur de la loi.
- Imposition partielle des dividendes à hauteur de 60% pour les participations détenues dans la fortune commerciale et 70% pour celles détenues dans la fortune privée. La loi actuelle prévoit une imposition à hauteur de respectivement 50% et 60%.

En 2020, la RFFA devrait entraîner un manque à gagner fiscal total estimé à CHF 232.3 Mio, soit CHF 186.2 Mio pour le canton (2.2% du revenu de l'Etat) et CHF 46.1 Mio pour les communes. La progressivité de l'imputation de l'impôt sur le bénéfice à l'impôt sur le capital risque d'augmenter ce manque à gagner initial estimé, mais celui-ci devrait graduellement être absorbé par les effets positifs escomptés de la réforme.

Une *minorité du Grand Conseil* qualifie la RFFA de cadeau concédé aux grandes entreprises qui ne jouissent pas d'un statut fiscal privilégié : une majorité d'entreprises du canton ne payant déjà pas d'impôts, elle estime que cette réforme ne bénéficierait qu'à un nombre limité de grandes entreprises. Le manque à gagner fiscal sur le projet de mise en œuvre cantonal de la RFFA serait trop important et aurait des conséquences sur les prestations offertes à la population. Finalement, elle identifie également le risque d'une sous-enchère fiscale entraînant une concurrence intercantonale et internationale dommageable, qui pourrait induire une croissance économique non maîtrisée.

Afin de parvenir à une réforme fiscalement neutre, la *minorité du Grand Conseil* avait proposé un taux d'imposition à 16%, une plus forte progressivité de l'impôt pour les associations, fondations, placements collectifs et autres personnes morales, une limitation des allègements liés aux réductions fiscales à 3%, un maintien de l'imputation de l'impôt sur le bénéfice à l'impôt sur le capital au niveau actuel et une imposition totale des dividendes pour les participations détenues dans la fortune commerciale et privée.

De son côté, le *Conseil d'Etat* considère que le taux effectif de 13.99% constitue le meilleur équilibre entre deux impératifs : celui de maintenir des conditions cadres compétitives pour le canton de GE et celui de réduire autant que possible le manque à gagner fiscal. De plus, ce taux serait cohérent du point de vue lémanique, suisse et international. Les entreprises ordinaires qui font des bénéfices paieraient moins d'impôts, ce qui favoriserait les investissements, la création d'emplois et la distribution des bénéfices.

Cette loi a été adoptée par le Grand Conseil lors de sa séance du 31.01.2019 par 62 oui contre 18 non et 0 abstention.

Pourquoi une votation ? Cette loi est soumise en votation populaire par décision du Grand Conseil, sans lancement de référendum, conformément à l'article 67, alinéa 3, de la Constitution cantonale[15].

---

13 Cf. note 11.

14 Source : Brochure cantonale, p. 90.

15 Constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE), du 14.10.2012 ; RSG A 2 00.
« Art. 67 al. 3 : […] 3 Les objets visés au présent article sont également soumis au corps électoral si le Grand Conseil le décide à la majorité des deux tiers des voix exprimées, les abstentions n'étant pas prises en considération, mais au moins à la majorité de ses membres. »

6. Initiative populaire 167 « Pour une politique culturelle cohérente à Genève »

OUI (83.18%)

Participation **45.29%**

Cette initiative propose de compléter la teneur de l'article 216 de la Constitution genevoise relatif à l'art et à la culture[16]. La modification proposée précise que le canton devrait jouer un rôle de coordinateur d'une politique culturelle cohérente sur l'ensemble du territoire et favorisant la création, en concertation avec les communes. Elle prévoit aussi la consultation des acteurs culturels. Par ailleurs, le canton et les communes devraient élaborer et mettre en œuvre une stratégie de cofinancement pour la création artistique et les institutions culturelles.

Un comité multidisciplinaire a déposé cette initiative avec plus de 14'000 signatures. Appuyée publiquement par l'Association des communes genevoises (ACG), elle vise à corriger les défauts de la Loi sur la répartition des tâches entre les communes et le canton en matière de culture, votée par le parlement cantonal sans débat public ni consultation des milieux concernés[17].

La LRT-2 aurait en effet vidé de sa substance la Loi sur la culture votée trois ans plus tôt[18]. En conséquence, l'actuelle séparation des compétences entre le canton de GE et ses 45 communes ne permettrait ni de collaborer entre collectivités publiques, ni de penser l'offre culturelle sur l'ensemble du territoire. L'échelon cantonal, institutionnellement essentiel à l'heure du renforcement des agglomérations, se serait coupé de ses engagements dans le soutien tant à la création artistique qu'aux institutions.

Fait rare, le Conseil d'Etat a proposé l'acceptation de l'initiative « Pour une politique culturelle cohérente à Genève », sans contreprojet, en juin 2018.

Pour résumer, l'adoption de cette initiative pour une nouvelle gouvernance de la culture permettrait:

1. que le canton soit le garant d'une vision d'ensemble de la culture à GE.
2. que la politique culturelle cantonale soit fondée sur le cofinancement, tant pour la création artistique indépendante que pour les institutions.
3. que la collaboration entre les collectivités publiques soit assurée et que la concertation avec les milieux culturels soit régulière.

Une *minorité du Grand Conseil* s'est exprimée contre l'initiative. Certains députés se sont interrogés sur la pertinence de placer de telles dispositions dans la constitution plutôt que dans la loi. D'autres ont estimé qu'il aurait fallu prévoir des dispositions comparables pour le sport, ce qui a motivé leur opposition à l'initiative en plénière.

Quant au *Conseil d'Etat*, il soutient ce texte qui renforce le rôle de coordination du canton en matière culturelle. Il estime que l'inscription dans la constitution d'un tel article permettrait de favoriser la mise en œuvre d'une meilleure gouvernance de la politique culturelle. Le dernier alinéa de l'initiative appuierait l'objectif du Conseil d'Etat, exprimé dans son programme de législature 2018-2023, de « faire aboutir les réflexions sur la gouvernance des institutions culturelles ».

---

16 Constitution cantonale ; note 14.

17 Loi sur la répartition des tâches entre les communes et le canton en matière de culture (2e train), du 01.09.2016 ; RSG A 2 06.

18 Loi sur la culture (LCulture), du 16.05.2013 ; RSG C 3 05.

Lors de sa séance du 24.01.2019, le Grand Conseil, a accepté cette initiative sans lui opposer de contreprojet, avec 81 oui, 7 non et 0 abstention. Comme il s'agit d'une initiative constitutionnelle, elle est soumise au référendum obligatoire.

7. Initiative populaire 170 « Pour des primes d'assurance-maladie plafonnées à 10% du revenu du ménage ! »

OUI (50.97%)

Participation **45.29%**

Cette initiative propose de modifier les dispositions de la loi d'application de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (LaLAMal)[19] concernant le cercle des ayants droit, les limites de revenu et le montant des subsides. Son but est de ramener la charge de la prime d'assurance-maladie, calculée sur la prime moyenne cantonale (PMC), à un maximum de 10% du revenu déterminant unifié d'un ménage (RDU).

Lexique :

PMC = prime moyenne cantonale, la moyenne étant calculée par l'Office fédéral de la santé publique fondée sur la prime standard, soit la prime payée pour l'assurance obligatoire des soins par un adulte ayant une franchise de CHF 300.-, avec la couverture accidents et le libre choix du fournisseur de prestations ;

RDU = revenu déterminant unifié d'un ménage, montant calculé sur la base du revenu et de la fortune d'un ménage et qui est utilisé pour déterminer le droit à une ou plusieurs prestations sociales.

Chaque automne les primes d'assurance-maladie augmentent. GE est l'un des cantons qui connaît les primes les plus élevées et les plus fortes hausses moyennes de primes. Au cours des vingt dernières années, elles ont augmenté de 159%. Pourtant, les salaires réels et les rentes ont peu progressé. Le poids des primes dans le budget des ménages est un problème majeur pour de nombreuses personnes, notamment pour les familles qui ont un revenu « trop élevé pour bénéficier des actuels subsides et qui s'appauvrissent en raison de l'explosion des charges des assurances-maladies ». Parfois, les primes représentent jusqu'à 20 ou 25% du revenu du ménage! Les *initiants* considèrent que c'est trop.

Exemples concrets des effets de l'initiative

L'initiative entend créer pour tous les ménages un droit aux subsides de manière à ramener la charge de la prime d'assurance-maladie à 10% du revenu au maximum.

Une *personne seule* ayant un revenu déterminant unifié (RDU) de CHF 50'000.- aujourd'hui ne touche aucun subside et consacre 14.35% de son RDU à ses primes. Avec l'initiative, elle recevrait CHF 181.- par mois de subsides.

Un *couple sans enfant* à charge, ayant un RDU de CHF 75'000.- aujourd'hui ne touche aucun subside et consacre 19.14% de son RDU à ses primes. Avec l'initiative, le couple recevrait CHF 571.- par mois de subsides. Si son RDU était de CHF 95'000.-, il aurait CHF 404.- de subsides, soit CHF 202.- par personne.

Si ce *couple a un enfant* à charge et un RDU de CHF 71'000.-, il a droit aujourd'hui à CHF 100.- par mois de subsides. Avec l'initiative, ce subside serait porté à CHF 747.- pour toute la famille. Avec CHF 101'000.- de RDU, il serait encore de CHF 497.- par mois.

[19] Loi d'application de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (LaLAMal), du 29.05.1997 ; RSG J 3 05.

Avec *deux enfants* à charge et CHF 87'000.- de RDU, aujourd'hui leurs subsides s'élèvent à CHF 144.- par mois et leur taux d'effort est de 18.46%. Avec l'initiative, ce montant serait porté à CHF 757.- par mois pour les 4 membres de la famille, ramenant le taux d'effort à 10%, ce qui devrait être le maximum.

Pour les personnes aux revenus supérieurs, l'initiative ne change rien : elles continueraient à payer leurs primes d'assurance-maladie sans subside, comme c'est le cas aujourd'hui.

Source : Brochure cantonale

Une *majorité du Grand Conseil* estime que la proposition de l'initiative, à savoir fonder le calcul du montant du subside sur la prime moyenne cantonale (PMC), n'inciterait pas les assurés à opter pour des contrats avec des primes moins chères, puisqu'ils toucheraient un même montant au titre de subside, que leur prime corresponde à la PMC ou qu'elle soit inférieure à celle-ci. En outre, la PMC, qui sert de référence pour l'application de la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS/AI, ne correspondrait pas à la réalité du marché genevois. En effet, elle se rapporte aux primes d'assurance avec une franchise à CHF 300.- sans rabais de modèle et avec la couverture du risque accidents, alors que la majorité des assurés GE choisirait une couverture d'assurance dont la prime est inférieure à la PMC.

Pour une *minorité du Grand Conseil*, l'initiative permettrait de soulager les ménages pour lesquels les primes d'assurance-maladie deviennent une charge difficilement supportable au fil des ans. Elle offrirait la garantie d'une répartition égale des taux d'efforts parmi la population face à l'augmentation des primes et permettrait de lutter contre la renonciation aux soins qui frappe les personnes précarisées, en raison de coûts de la santé trop élevés. Par ailleurs, la minorité remet en cause les coûts énoncés par le Conseil d'Etat en lien avec la mise en œuvre de l'initiative.

Lors de sa séance du 31.01.2019, le Grand Conseil a refusé cette initiative par 55 non contre 39 oui et 0 abstention, mais il a adopté un contreprojet (présenté par le Conseil d'Etat ; loi 12416 ; cf. ci-dessous N° 8.).

8. Loi modifiant la loi d'application de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (LaLAMal) (Contreprojet à l'IN 170) (J 3 05 – 12416), du 31 janvier 2019

OUI (75.49%)

Participation **45.29%**

Suite à son refus de l'initiative populaire « Pour des primes d'assurance-maladie plafonnées à 10% du revenu du ménage! » (cf. ci-dessus N° 7), une majorité du Grand Conseil a accepté le principe d'un *contreprojet* proposé par le Conseil d'Etat.
Ce contreprojet prévoit de renforcer significativement le système des subsides actuellement en vigueur, afin d'alléger la charge représentée par le coût des primes d'assurance-maladie. D'une part, les *limites de revenu* permettant de bénéficier d'un subside devraient être relevées avec pour conséquence l'extension du cercle des bénéficiaires. D'autre part, les *montants des subsides* devraient être augmentés.

Face aux hausses constantes des primes d'assurance-maladie, une *majorité du Grand Conseil* estime qu'un renforcement des aides en faveur notamment de la classe moyenne est nécessaire.

Elle estime ainsi que le contreprojet permettrait d'élargir le cercle des bénéficiaires des subsides et d'augmenter le montant de ces derniers. Le contreprojet prévoit en effet une hausse de CHF 186 Mio du budget dévolu aux subsides d'assurance-maladie. Cette augmentation permettrait une hausse sensible du *montant des subsides* pour les ménages dont les revenus sont les plus bas. Elle permettrait également d'*élever les limites de revenu* du barème actuellement en vigueur, ce qui autoriserait un grand nombre de personnes et familles de la classe moyenne qui sont touchées par les hausses de primes, mais qui n'ont jamais bénéficié d'une quelconque aide, de devenir également bénéficiaires de subsides.

C'est ainsi que le nombre de bénéficiaires passerait de 53'000 à 120'000 personnes. Le contreprojet prévoit aussi que les 3 catégories actuelles de subsides (CHF 90.-, 70.- et 30.-) passeraient à 8 avec les montants suivants : CHF 300.-, 250.-, 200.-, 160.-, 130.-, 90.-, 70.- et 40.-.

Cette *majorité du Grand Conseil* est par ailleurs convaincue que le contreprojet permettrait d'accompagner par une mesure sociale concrète et équilibrée le projet cantonal de réforme fiscale (RFFA).

Une *première minorité du Grand Conseil* soutient que l'initiative « Pour des primes d'assurance-maladie plafonnées à 10% du revenu du ménage! » est une meilleure réponse au problème posé par la hausse des primes. Elle considère en outre que le contreprojet maintiendrait des taux d'efforts inégaux entre les bénéficiaires, et qu'il n'est pas suffisamment élaboré car il a été construit dans l'urgence, afin de constituer une mesure compensatoire au projet cantonal de réforme fiscale (RFFA).

Une *seconde minorité du Grand Conseil* s'oppose tant à l'initiative qu'au contreprojet, arguant une augmentation trop importante du budget dévolu au social.

Le *Conseil d'Etat*, qui est à l'origine du contreprojet, semble convaincu qu'une amélioration du système actuel d'octroi des subsides est nécessaire. Toutefois, il estime que l'initiative ne représenterait pas une solution opportune pour y parvenir, compte tenu notamment de son impact sur les finances publiques. En revanche, le contreprojet présenterait l'avantage de cibler également les personnes qui sont les plus prétéritées par la hausse de leurs primes, tout en demeurant financièrement supportable pour le budget de l'Etat.

Le contreprojet a été adopté par le Grand Conseil lors de sa séance du 31.01.2019 par 73 oui contre 11 non et 4 abstentions.

9. Question subsidiaire pour départager l'IN 170 et le contreprojet

Contreprojet (53.9%)

Participation **45.29%**

Si l'initiative et le contreprojet sont acceptés tous les deux par le peuple, c'est le résultat de la question subsidiaire qui déterminera lequel des deux l'emporte. En effet, la constitution de la République et canton de GE prévoit que, si le Grand Conseil oppose un contreprojet à une initiative, le peuple se prononce indépendamment sur chacune des deux questions, puis indique sa préférence en répondant à une question subsidiaire[20].

En l'espèce, le Grand Conseil oppose un contreprojet (objet N° 8) à une initiative (objet N° 7).

[20] Constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE), du 14.10.2012 ; RSG A 2 00 ; Art. 63 al. 3.

Rappelons qu'en date du 31.01.2019, le Grand Conseil a refusé l'initiative par 55 non contre 39 oui et 0 abstention, et accepté un contreprojet (présenté par le Conseil d'Etat) par 73 oui contre 11 non et 4 abstentions.

Les autorités du canton de GE préconisent donc majoritairement de rejeter l'initiative et de privilégier le contreprojet.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Brochure cantonale

La caisse de pensions de l'Etat suspendue à un vote, 24Heures online du 16.04.2019, téléchargeable ici.

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

GL

Die Glarner Landsgemeinde findet jeweils am ersten Sonntag im Mai statt.
In diesem Jahr kam sie am 5. Mai 2019, um 9.30 Uhr, auf dem Zaunplatz in Glarus zusammen.

Quelle: Private Aufnahme zur Verfügung gestellt

Die Landsgemeinde stimmte unter anderem über eine Steuergesetzrevision in fünf Teilen ab. Diese bezweckt auch die Umsetzung der Bundesvorlage, über welche am 19. Mai abgestimmt wird.

Die Gewinnsteuer für Unternehmen wird von 8 auf 4.5 Prozent gesenkt. Betroffen sind auch alle Glarnerinnen und Glarner, die bei den Gesundheits- beziehungsweise Krankenkassenkosten entlastet werden. Dem Kanton verursacht das Steuerpaket Mindereinnahmen von knapp drei Millionen Franken pro Jahr, während die drei Gemeinden profitieren. Sollte die Bundesvorlage in zwei Wochen scheitern, treten zwei der fünf Teile der kantonalen Steuerreform nicht in Kraft.

Die Landsgemeinde hielt zudem an der bestehenden Regelung mit liberalen Öffnungszeiten fest. Zur Debatte stand, die Läden am Samstag jeweils um 17 Uhr zu schliessen.

Zumindest teilweise bestehen bleibt das sog. Tanzverbot. Demnach dürfen bestimmte kulturelle und sportliche Veranstaltungen an hohen Feiertagen nicht im Freien abgehalten werden. Künftig dürfen solche Veranstaltungen in geschlossenen Räumen stattfinden.

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

GR

Volksinitiative zur Abschaffung der Sonderjagd (Sonderjagdinitiative) NEIN (54.23%)

Stimmbeteiligung **49.28%**

Diese Initiative verlangt durch Streichung von Art. 11 Abs. 4 und Abs. 5 des kantonalen Jagdgesetzes die Abschaffung der Sonderjagd. Als *Alternative* soll die Hochjagd neu 25 anstatt 21 Tage dauern und nicht wie nach geltendem Recht nur im September, sondern auch im Oktober stattfinden.
Heute ist sodann ein einziger Jagdunterbruch von mindestens drei aufeinanderfolgenden Tagen zulässig, während laut Initiativtext künftig auch mehrere Jagdunterbrüche stattfinden könnten. Weiter wird laut Initiativtext der Vorbehalt, wonach auf die Paarungszeit Rücksicht zu nehmen ist, gestrichen.
Schliesslich fordert die Initiative, dass die Abschusspläne zwingend auf der ordentlichen Hochjagd, auf alle Fälle bis zum 31. Oktober, erfüllt werden müssen. Dies soll durch eine verstärkte Bejagung der Wildschutzgebiete erreicht werden.

Laut Initianten sei die Jägerschaft seit Jahren mit dem Management der Jagd unzufrieden, insbesondere der Sonderjagd. Die immer restriktiveren Vorschriften während der Hochjagd würden es vielen Jägerinnen und Jägern verunmöglichen, überhaupt zum Jagderfolg zu kommen. Während der Hochjagd seien die Hirsche in den zahlreichen und zu grossen Asylen. Selbst junge Jägerinnen und Jäger konzentrieren sich immer mehr auf die Sonderjagd, weil ihnen dort mit vielen offenen Asylen und weniger einschneidenden Jagdbetriebsvorschriften der Jagderfolg garantiert sei. So würde die Sonderjagd immer mehr zur Hauptjagd.

Die heute praktizierte Sonderjagd sei auch bei der nichtjagenden Bevölkerung sehr umstritten, weil die Tiere in ihren vermeintlich sicheren Wintereinständen bejagt werden und in ihre Sommereinstände zurückgedrängt werden. Während der Hochjagd sind laktierende Hirschkühe mit ihren Kälbern geschützt, nach der Hochjagd sind gerade diese Tiere zuoberst auf der Abschussliste, obwohl die Hirschkühe teils schon ab Ende September wieder trächtig sind.

Das Jagdgesetz[21] würde wie folgt geändert:

> **Art. 11** ***Jagdzeiten Abschusspläne***
>
> [1] Die Regierung legt die Jagdzeiten in den Zeiträumen gemäss Absatz 2 derart fest, dass die Abschusspläne innert möglichst kurzer Zeit, auf alle Fälle während der ordentlichen Hochjagd, vollumfänglich erfüllt werden können. Dabei sind diese so zu planen, dass die Wildbestände unter Einbezug der Wildasyle und deren Lage ohne Sonderjagd reguliert werden können.
>
> [2] Die Jagdzeiten sind in folgenden Zeiträumen anzusetzen:
>
> a) Hochjagd: In den Monaten September und Oktober, insgesamt höchstens 25 Tage mit der Möglichkeit von Jagdunterbrüchen für die Dauer von mindestens drei aufeinanderfolgenden Tagen;
>
> […]
>
> *[4] Werden die Abschusspläne in den Zeiträumen gemäss Absatz 2 dieser Bestimmung nicht erfüllt, kann die Regierung zur Regulierung der Wildbestände Sonderjagden bis längstens 20. Dezember anordnen. **
>
> *[5] Die Regierung erlässt die nötigen Bestimmungen für die Durchführung von Sonderjagden. Dabei kann sie aufgrund der Zahl des zu erlegenden Wildes und der Grösse des Jagdgebietes die Gültigkeit des Jagdpatentes auf bestimmte Gebiete beschränken. Ebenso kann sie die Anzahl der Jagdpatente begrenzen. **
>
> * Beide aufgehobenen Artikel wurden am 24.09.2006 geändert (Inkrafttreten am 01.01.2007).

Die Kantonsbehörden argumentieren gegen eine solche Auffassung:

- Das heutige Bündner Jagdsystem mit einer 21-tägigen, freien Hochjagd im September und einer bedarfsgerechten, den örtlichen Gegebenheiten angepassten Sonderjagd an maximal zehn Halbtagen im November und Dezember hat sich bewährt.
- Die Hochjagdstrecke variiert von Jahr zu Jahr und zeigt regionale Unterschiede auf.
- Heute führen rund 2'000 Bündner Jägerinnen und Jäger nach Bedarf, regional angepasst, an einem bis maximal zehn Halbtagen im November und Dezember diese Feinregulierung durch. Die Störung im Wintereinstandsgebiet ist zeitlich minimiert.
- Der Grosse Rat des Kantons GR möchte keine Einführung einer «Regiejagd». Er ist der Ansicht, dass die Abschusspläne weiterhin durch die Bündner Jägerinnen und Jäger erfüllt werden sollten. Dies sei aber nur mit einer Nachbejagung in den Monaten November und Dezember im Rahmen der Patentjagd möglich (Wanderpopulationen, Wetter etc.).

Der Grosse Rat hat am 04.12.2018 die «Sonderjagdinitiative» zuhanden der Volksabstimmung behandelt und empfiehlt mit 96 zu 1 Stimme bei 13 Enthaltungen, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

[21] Kantonales Jagdgesetz (KJG), vom 04.06.1989; GS 740.000.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Erläuterungen

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

LU

Gesetz über die Aufgaben- und Finanzreform 18

(Mantelerlass AFR18)

JA (56.91%)

Stimmbeteiligung

43.76%

Im Zentrum der sogenannten *Aufgaben- und Finanzreform 18* steht die Neuregelung der Finanzierung von zwei wichtigen Aufgaben des Kantons LU: Kanton und Gemeinden teilen sich neu die Kosten der *Volksschulbildung*, und der Kanton übernimmt den Grossteil der Kosten des *Hochwasserschutzes* (Wasserbau und Gewässerunterhalt). Die Mehrbelastung des Kantons (rund CHF 200 Mio.) soll mit 1) Kostenübernahmen der Gemeinden bei anderen Aufgaben sowie mit 2) der Neuverteilung von Sondersteuern und Abgaben, 3) einem Steuerfussabtausch zwischen Kanton und Gemeinden und 4) Anpassungen im Finanzausgleich gegenfinanziert werden.
Auch die Erträge der geplanten kantonalen Steuergesetzrevision 2020, die an die Steuervorlage (STAF) des Bundes anschliesst, fliessen in die Finanzierung der Reform ein. Diese soll weder den Kanton noch die Gemeinden belasten.

Historisch wurde die Aufgaben- und Finanzreform 18 (AFR18) vom Kantonsrat Ende 2014 mit einer Motion ausgelöst[22]. Die Motion verlangte unter anderem, dass die Aufgaben und die Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden zu entflechten seien und der innerkantonale Finanzausgleich wenn nötig anzupassen sei[23].

Insgesamt sollen heute mit der AFR18 Aufgaben im Umfang von rund CHF 200 Mio. von den Gemeinden zum Kanton verschoben werden. Den Gemeinden sollen im Gegenzug neue Aufgaben im Umfang von rund CHF 220 Mio. übertragen werden. In die finanzielle Gesamtbilanz der Reform soll auch die kantonale Steuergesetzrevision 2020 einbezogen werden, die der Kantonsrat voraussichtlich im Juni zum zweiten Mal berät. Diese nimmt einerseits Massnahmen aus dem Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) auf, über welches gesamtschweizerisch ebenfalls am 19.05.2019 abgestimmt wird, und regelt andererseits weitere kantonale Steuersachen neu. Zudem soll in der Gesamtbilanz ein Härteausgleich zur Abfederung der finanziellen Auswirkungen bei den durch die Reform besonders belasteten Gemeinden eingeführt werden.

Wie von den Gemeinden verlangt, soll in dieser Gesamtbilanz keine Gemeinde durch die Reform mit mehr als CHF 60.- pro Kopf und Jahr belastet werden. Insgesamt soll der Kanton durch die AFR18 und die Erträge aus der kantonalen Steuergesetzrevision 2020 inklusive STAF um CHF 50 Mio., die Gesamtheit der Gemeinden um CHF 26 Mio. entlastet werden. Ohne die Erträge aus dem STAF und ohne die

[22] Am 01.12.2014 wurde die Motion über eine Finanz- und Aufgabenreform, M 613. eröffnet.
[23] Aufgaben- und Finanzreform 18 – Entwurf Mantelerlass AFR18, Botschaft des Regierungsrates an den Kantonsrat vom 16.10.2018; B 145.

Erträge aus der kantonalen Steuergesetzrevision 2020 würde aus der AFR18 beim Kanton immer noch ein positiver Saldo von CHF 20 Mio. resultieren, bei der Gesamtheit der Gemeinden hingegen ein negativer Saldo von knapp CHF 8 Mio.

Eine *Mehrheit des Kantonsrates* sprach sich für die AFR18 aus, weil damit alte Anliegen der Gemeinden umgesetzt würden und ein wichtiger Beitrag zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen kantonalen Haushalts geleistet werden könne. Die Ratsmehrheit erachtete die AFR18 nicht als Risiko, sondern als Chance für den Kanton und die Gemeinden.

Eine *Minderheit des Kantonsrates* lehnte hingegen die AFR18 ab, weil die finanziellen Auswirkungen der Vorlage auf den Kanton und die Gemeinden zu wenig klar seien und die Reform deshalb ein grosses Risiko darstelle. Aus diesem Grund hätten sich auch einige Gemeinden, darunter die Stadt Luzern, gegen die AFR18 oder für eine Verschiebung der Volksabstimmung ausgesprochen.

Der Kantonsrat beschloss die Reform mit 66 gegen 43 Stimmen und empfiehlt sie zusammen mit dem Regierungsrat zur Annahme.

Warum eine Volksabstimmung? Da dem Kanton mit diesem Erlass neue Ausgaben von jährlich rund CHF 200 Mio. entstehen, unterliegt das Gesetz gemäss § 23 Absatz 1b der Kantonsverfassung der [obligatorischen] Volksabstimmung[24].

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Bericht des Regierungsrates

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

OW

Nachtrag zum Finanzhaushaltsgesetz **JA (64.19%)**

Stimmbeteiligung **46.57%**

Der Obwaldner Finanzhaushalt soll mit einer Reihe aufeinander abgestimmter Massnahmen stabilisiert werden. Im Hinblick auf eine positive finanzielle Entwicklung des Kantons sollen sich Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht halten.
Ein Element ist der *Nachtrag zum Finanzhaushaltsgesetz*, mit folgenden Bestandteilen:

- **Anpassung der Abschreibungssätze an die Nutzungsdauer der Anlagegüter;**
- **Verzicht auf die Finanzaufsicht über die Kirchgemeinden;**
- **Vornahme einmaliger zusätzlicher Abschreibungen;**
- **Ausnahme des Budgets 2019 von der Schuldenbegrenzung;**

Die Erfolgsrechnung soll dadurch um CHF 12.7 Mio. pro Jahr entlastet werden. Obwohl es sich dabei

[24] Verfassung des Kantons Luzern, vom 17.06.2007; GS 131.213.

lediglich um buchhalterische Massnahmen handelt, sollen die vorgesehenen Anpassungen eine stärkere Erhöhung der Steuern verhindern.

Die finanzielle Situation des Kantons OW ist prekär. Das strukturelle Defizit im Budget 2019 beträgt CHF 43 Mio. Auch für das Jahr 2020 und die folgenden Jahre ist keine Besserung prognostiziert. Das Erfüllen öffentlicher Aufgaben könnte gefährdet werden. Die Obwaldner Stimmbevölkerung hat am 23.09.2018 die Gesetzesvorlage Finanzstrategie 2027+ und damit das von Regierungsrat und Kantonsrat vorgeschlagene Gesamtpaket zur Stabilisierung der Kantonsfinanzen *abgelehnt*.[25]

Um den Staatshaushalt kurzfristig zumindest teilweise zu entlasten, hat der Regierungsrat dem Kantonsrat im Dezember 2018 mehrere Elemente des abgelehnten Gesamtpakets als Einzelvorlagen zum Beschluss unterbreitet (Finanzvorlage 2019). Dazu zählt auch der Nachtrag zum Finanzhaushaltsgesetz, um das es sich hier handelt.

Ein Teil des Defizits konnte durch Sparmassnahmen, insbesondere im Personalbereich, beseitigt werden. Zusätzliche Massnahmen zur Entlastung der Erfolgsrechnung (z.B. Anpassungen bei der Individuellen Prämienverbilligung sowie im Steuerbereich) durchlaufen gegenwärtig den politischen Prozess. Diese Gesetzesanpassungen sollen aber frühestens im Jahr 2020 zu einer Verbesserung der Staatsrechnung führen.

Gegen den Nachtrag wurde das Referendum ergriffen.

Laut den *Referendumstellern* macht die schwierige finanzielle Lage des Kantons OW das Erschliessen neuer Finanzquellen für die Staatskasse erforderlich. Zurück zur Situation vor 2008, in welcher der Kanton OW als «Steuerhölle» berüchtigt war, wolle niemand. Ihrer Meinung nach, sind im Nachtrag zum Finanzhaushaltsgesetz in Art. 103b zwei neue Massnahmen zur Budgetsanierung aufgeführt, nämlich zusätzliche Abschreibungen sowie Schuldenmachen.

Diese Massnahmen würden nicht zur Budgetsanierung dienen; darum wurde das Referendum ergriffen.

Zum ersten seien zusätzliche Abschreibungen kein taugliches Mittel für eine nachhaltige Sanierung der Kantonsfinanzen. Sie würden einem Verscherbeln des Tafelsilbers ähneln und den Kanton handlungsunfähig machen, sollte einmal tatsächlich eine Notsituation eintreten.

Darüber hinaus werde man aufgrund der Verschuldung von Gläubigern abhängig., Das gelte für den privaten Haushalt genauso wie für den öffentlichen Sektor. Irgendwann müssen Schulden zurückbezahlt werden.

Der Kantonsrat hat diesem Nachtrag am 17.12.2018 mit 37 Ja zu 9 Nein bei 7 Enthaltungen zugestimmt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Abstimmungserläuterungen

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

[25] Newsletter des Instituts für Föderalismus «Kantonale Volksabsstimmungen vom 23. September 2018 – Die Ergebnisse». Das Gesetz über die Umsetzung von Massnahmen der Finanzstrategie 2027+ vom 24.05.2018 wurde mit 58.54% Nein abgelehnt, mit einer Stimmbeteiligung von 41.01% (vgl. S 13–14).

SO

Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung

NEIN (51.4%)

Stimmbeteiligung

42.1%

Am 28.09.2018 haben die Eidgenössischen Räte das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) verabschiedet. Dagegen ist das Referendum ergriffen worden, weshalb das Schweizer Stimmvolk ebenfalls am 19.05.2019 darüber abstimmt. Wird es angenommen, tritt es am 01.01.2020 in Kraft und muss bis dann von den Kantonen entsprechend umgesetzt werden.
Diese kantonale Vorlage setzt die bundesrechtlichen Vorgaben um. Die Gewinnsteuer soll für alle Unternehmen gleich ermittelt werden. Der Kanton SO senkt sie auf neu 13.1% (Basis Steuerfuss der Stadt Solothurn, bisher maximal 21.4%). Damit würde der Kanton SO gesamtschweizerisch und international wieder zu den attraktiven Steuerstandorten gehören. Das soll zu erheblichen Minder-erträgen für Kanton und Gemeinden führen. Um die Reform finanziell und sozial verträglich zu gestalten, ist sie mit einer Reihe von weiteren Massnahmen verbunden.

Das Bundesrecht schafft die international nicht mehr akzeptierten Steuerprivilegien in den Kantonen für die sogenannten Statusgesellschaften ab. Damit die Schweiz für international tätige Unternehmen steuerlich attraktiv bleibt, stellt es neue Instrumente für zulässige Steuerentlastungen zur Verfügung. Der Bund erwartet von den Kantonen zur Erreichung dieses Ziels den Einsatz dieser Instrumenten und günstige Steuersätze für Unternehmen.

Die Vorlage führt im Kanton SO und in den Gemeinden zu weniger Einnahmen von insgesamt rund CHF 80 bis 90 Mio. jährlich. Weil die Reform bessere Rahmenbedingungen sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bevölkerung schafft, sind diese Beträge als Investition für den künftigen Wohlstand des Kantons zu betrachten. Dieser kann seinen Teil aus den laufenden Überschüssen und mit dem vorhandenen Eigenkapital finanzieren, ebenso die meisten Gemeinden. Das Gesamtpaket ist insoweit ausgewogen, als nicht nur Unternehmen von günstigeren Steuern profitieren, sondern auch ein Grossteil der Einwohner und Einwohnerinnen von den steuerlichen und sozialpolitischen Massnahmen.

Eine Ablehnung hätte zur Folge, dass das neue Bundesrecht ohne Senkung der Gewinnsteuern und ohne Ausgleichsmassnahmen eingeführt werden müsste. Dann bestünde allerdings das Risiko, dass die bisher privilegiert und deshalb wesentlich günstiger besteuerten Unternehmen nach und nach wegziehen und ihr Steuersubstrat und ihre Arbeitsplätze damit verloren gehen.

Zur Gegenfinanzierung wird die Vermögenssteuer für Vermögen von über CHF 1 Mio. angehoben. Im Gegenzug werden Personen mit kleinen Einkommen bei der Einkommenssteuer entlastet und der Abzug für die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung erhöht. Die Familienzulagen steigen um CHF 10.- je Kind und Monat.

Finanzielle Auswirkungen im Überblick[26]

Die finanziellen Auswirkungen für Kanton und Gemeinden lassen sich wie folgt zusammenfassen. Weil der Gewinnsteuersatz schrittweise gesenkt wird, ist zwischen dem ersten Jahr und den folgenden Jahren zu unterscheiden.

In CHF Mio.	**Jahr 1**		**Jahr 2**	
	Kanton	**Gemeinden**	**Kanton**	**Gemeinden**
Juristische Personen	- 27.6	- 30.3	- 57.5	- 62.6
Erhöhung Bundessteueranteil	+ 14.7		+ 14.7	
Steuerliche Gegenfinanzierung	+ 7.6	+ 8.0	+ 7.6	+ 8.0
Entlastung Einkommenssteuer	- 5.3	- 6.0	- 5.3	- 6.0
Entlastung durch sozial- und bildungspolitische Massnahmen	+ 8.2	+ 7.0	+ 8.2	+ 7.0
Minderertrag	- 2.4	- 21.3	- 32.3	- 53.6
Finanzieller Ausgleich an Gemeinden	- 21.3	+ 21.3	- 44.7	+ 44.7
Total Minderertrag	- 23.7	0.0	- 77.0	- 8.9

Quelle: Kantonale Abstimmungszeitung, S. 6

Die von der Steuerreform begünstigten Unternehmen finanzieren neu mit Beiträgen

- die bestehenden Ergänzungsleistungen für Familien,
- die neu vorgesehenen Gutscheine für die familienergänzende Betreuung von Kindern, und
- die informatische Bildung an den Volks-, Mittel- und Berufsschulen.

Der Kanton gleicht den Gemeinden, die von der Reform unterschiedlich betroffen sind, die zu erwartenden Mindererträge im ersten Jahr voll aus. Der Ausgleich reduziert sich jährlich und endet nach sechs Jahren.

Der *Regierungsrat* und eine *Mehrheit des Kantonsrats* befürworten die Vorlage namentlich aus eingangs erwähnten Gründen der Wettbewerbsfähigkeit.

Eine *Minderheit des Kantonsrats* lehnt hingegen die Vorlage ab, namentlich, weil ihr die Die Senkung des Gewinnsteuersatzes zu weit geht. Mehr als die Hälfte der Unternehmenssteuern würden verloren gehen. Der Kanton und Gemeinden könnten die Mindererträge nicht verkraften. Die Vorlage würde im Kanton ein strukturelles Defizit von jährlich CHF 60 bis 70 Mio. verursachen: Damit würden Steuererhöhungen und Sparmassnahmen unvermeidlich. Letztendlich sei die Vorlage unübersichtlich und komplex und würde wenig nachvollziehbare Finanzierungs- und Ausgleichsmechanismen enthalten. Mit einer massvollen Senkung des Gewinnsteuersatzes wäre in dieser Reform, deren Notwendigkeit unbestritten ist, ein ausgewogenes Ergebnis möglich.

[26] Laut Abstimmungsbroschüre stellen diese Angaben auf die heute verfügbaren Steuerdaten und auf realistische Annahmen ab. Dabei handelt es sich um eine statische Betrachtung, die Zu- und Wegzüge oder Verhaltensänderungen von Unternehmen ausblendet.

Der Kantonsrat hat der Vorlage am 07.03.2019 mit einem Stimmenverhältnis von 58 Ja zu 31 Nein zugestimmt.

Warum eine Volksabstimmung? Der Kantonsrat hat die Vorlage gemäss Art. 35 Abs. 1 Bst. k der Solothurner Kantonsverfassung von sich aus dem obligatorischen Referendum unterstellt[27]. Die Änderungen treten nur in Kraft, wenn das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung in der Volksabstimmung angenommen wird.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Kantonale Abstimmungszeitung

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

SZ

Transparenzgesetz (TPG) vom 6. Februar 2019

JA (54.43%)

Stimmbeteiligung

43.8%

Dieses Gesetz setzt die von den Stimmberechtigten am 04.03.2018 entgegen der Empfehlung von Kantonsrat und Regierungsrat angenommene Initiative «Für die Offenlegung der Politikfinanzierung (Transparenzinitiative)» um[28]. Politische Parteien und sonstige Organisationen müssen ihre Finanzierungsquellen für die Kampagnen bei allen kantonalen und kommunalen Wahlen und Abstimmungen offenlegen.
Ebenso müssen alle Kandidaten für bestimmte öffentliche Ämter in Kanton, Bezirken und Gemeinden vor einer Wahl ihre Interessenbindungen offenlegen. Die Angaben über die Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen sowie die Interessenbindungen sind öffentlich und können von jedermann eingesehen werden.

Der neue § 45a (Offenlegungspflichten) der Kantonsverfassung verlangt[29]:

- *Offenlegung der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskämpfen*
  Parteien und politische Gruppierungen müssen ihre Finanzierungsquellen und Budgets offenlegen, wenn sie sich an Wahlen und Abstimmungen von Kanton, Bezirken und Gemeinden beteiligen. Dabei müssen sie insbesondere Spenden von juristischen Personen über CHF 1'000.– und von natürlichen Personen über CHF 5'000.– *namentlich* bekanntgeben.

---

27 Verfassung des Kantons Solothurn (KV), vom 08.06.1986; GS 111.1.. Die erwähnte Bestimmung lautet:
«Art. 35 *Obligatorische Volksabstimmungen*
[1] Der obligatorischen Volksabstimmung unterliegen: […]
k) Beschlüsse, die der Kantonsrat von sich aus der Volksabstimmung unterstellt.»

28 Die Initiative wurde mit 50.28% Ja-Stimmen bei einer Stimmbeteiligung von 53.6% angenommen; vgl. Newsletter des Instituts für Föderalismus «Kantonale Volksabstimmungen vom 4. März 2018 – Die Ergebnisse», S. 28–30.

29 Verfassung des Kantons Schwyz, vom 24.11.2010; SRSZ 100.100.

- *Offenlegung der Interessenbindungen für alle öffentlichen Ämter*
  Kandidierende für öffentliche Ämter auf Kantons- und Bezirksebene sowie für Exekutiven und Legislativen auf kommunaler Ebene müssen ihre Interessenbindungen bei der Anmeldung ihrer Kandidatur offenlegen. Gewählte Mandatsträger haben jeweils zu Beginn eines Kalenderjahres ihre Interessenbindungen offenzulegen bzw. zu aktualisieren.
- *Überprüfung der Richtigkeit der Angaben*
  Die Richtigkeit der Angaben über die Offenlegung der Finanzierung sowie der Interessenbindungen muss durch den Kanton oder eine unabhängige Stelle überprüft werden.
- *Öffentliche Bekanntgabe der Angaben*
  Alle Angaben über die Finanzierung von Wahlen und Abstimmungen sowie die Offenlegung von Interessenbindungen sind in einem öffentlichen Register zu publizieren.
- *Sanktionen*
  Wer gegen die Offenlegungspflichten verstösst, soll mit Busse sanktioniert werden.

Die dargelegten Grundsätze wurden im Transparenzgesetz präzisiert. Der Regierungsrat hat den Gesetzesentwurf nach Auswertung der Vernehmlassung am 30.10.2018 dem Kantonsrat unterbreitet.

Eine *Mehrheit des Kantonsrates* begrüsst die Vorlage aus folgenden Gründen:

- Mit dem Transparenzgesetz solle der Wille der Mehrheit der Stimmberechtigten, die der Transparenzinitiative auf Verfassungsstufe zugestimmt habe, umgesetzt werden.
- Das Gesetz sehe eine praktikable Umsetzung der Offenlegungspflichten auf Stufe Kanton, Bezirke und Gemeinden vor, was auf die ausschliesslich im Milizsystem organisierten Parteien und sonstigen Organisationen Rücksicht nehme.
- Dass die Offenlegung der Finanzierung nicht für jede Wahl oder Abstimmungskampagne gelte, sondern erst ab einem bestimmten minimalen Budget, verringere den Aufwand für die Parteien und sonstigen Organisationen, aber auch für die prüfenden Stellen.
- Die Überprüfung der Richtigkeit der Angaben erfolge stufengerecht entweder beim Kanton oder in den Bezirken und Gemeinden. Dies ermögliche eine bessere Plausibilisierung und vermeide einen grossen Verwaltungsaufwand durch eine zentrale Behörde.
- Durch Veröffentlichung der Angaben in öffentlichen Registern könne sich jedermann rasch und einfach informieren.
- Die Veröffentlichung der Angaben vor den Wahlen und Abstimmungen schaffe für die Stimmberechtigten zusätzliche Transparenz.

Eine *Minderheit des Kantonsrates* lehnt die Vorlage aus folgenden Gründen ab:

- Das Transparenzgesetz entspreche nicht der von den Stimmberechtigten angenommenen Verfassungsbestimmung, weil anonyme Spenden bis CHF 1'000.- zulässig seien, da die Offenlegungspflicht erst ab einem bestimmten Minimalaufwand gelte und weil Spenden in einem Jahr, in dem keine Kampagne stattfinde, nicht offengelegt werden müssen.
- Trotz Vereinfachungen im Vollzug entstehe für alle Parteien und sonstigen Organisationen erheblicher Aufwand für die Buchführung und auch bei den Behörden würde ein unverhältnismässiger Kontrollaufwand erforderlich.
- Die Pflicht zur Offenlegung der Namen von Spendern für Wahl- und Abstimmungskampagnen werde zu einem Rückgang von finanziellen Zuwendungen führen. Dies erschwere die Aufgaben der Parteien in der demokratischen Mitwirkung zusätzlich.

- Das Gesetz lasse verschiedene Umgehungsmöglichkeiten zu, die nicht durch wirksame gesetzliche Regelungen unterbunden würden.
- Die Abschaffung sog. «wilder Listen»[30] sei gemäss Verfassungstext nicht zwingend und bedeute einen Demokratieverlust.
- Die Suche nach Kandidierenden für öffentliche Ämter werde schwieriger, wenn sie schon vor einer (nicht sicheren) Wahl sämtliche Interessenbindungen offenlegen müssen.

Warum eine Volksabstimmung? Der Kantonsrat hat dem Transparenzgesetz (TPG) am 06.02.2019 mit 52 zu 38 Stimmen zugestimmt. Da weniger als drei Viertel der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder des Kantonsrates der Vorlage zustimmten, wird das Transparenzgesetz der Volksabstimmung unterbreitet (obligatorisches Referendum)[31].

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Erläuterungen

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

TI

1. Opere di fluidificazione della tratta Cadenazzo-Quartino (Referendum)

NO (73.1%)

Partecipazione **45.33%**

Il Consiglio di Stato TI aveva inoltrato un messaggio inerente un credito di CHF 3.3 mio. per la *semafo-rizzazione* del tratto Cadenazzo-Quartino per la regolarizzazione del traffico, attualmente regolato da rotonde, che il Gran Consiglio aveva accettato con 49 voti contro 27 e 7 astensioni, e contro al quale un comitato interpartitico, "Basta sprechi: NO ai semafori sul piano di Magadino", ha lanciato referendum con la raccolta di 13'158 firme.

Il *Governo,* sia il *Consiglio di Stato* che il *Gran Consiglio*, propone di accettare la decisione già presa in particolare per i seguenti motivi[32]:

- un sistema moderno di semaforizzazione permetterebbe una gestione dinamica e stabile a vantaggio del flusso principale, le rotonde non lo permettono;

[30] Da die Interessenbindungen zwingend *bei der Anmeldung* zu einer Volkswahl offenzulegen sind, können die sog. «wilden Listen» gemäss den Erläuterungen (S. 11) nicht mehr zugelassen werden. «Wilde Listen» konnten bisher auch nach Abschluss des Anmeldeverfahrens noch bis zum Wahltag veröffentlicht und mit ihnen gültig gewählt werden. Würden solche Listen weiter zugelassen, könne die Pflicht zur Offenlegung der Interessenbindungen vor einer Wahl nicht umgesetzt bzw. leicht umgangen werden.

[31] Verfassung des Kantons Schwyz, vom 24.11.2010; SRSZ 100.100; § 34 Abs. 2 Bst. a: «Stimmt der Kantonsrat in der Schlussabstimmung mit weniger als drei Viertel der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder zu, so werden der Volksabstimmung zudem unterbreitet: a) der Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Gesetzen; […]».

[32] Cf. Pietro Righetti, *Iniziamo dalla votazione cantonale per l'opera di fluidificazione/semaforizzazione della strada Cadenazzo-Quartino*, TicinoResidenTI, scaricabile qui (visto il 25.04.2019).

- sarebbe previsto un chiaro miglioramento rispetto alla situazione attuale lungo l'asse Cadenazzo–Quartino, mantenendo una permeabilità trasversale (accessi laterali) accettabile;
- un moderno sistema di semaforizzazione permetterebbe, in abbinamento alla corsia preferenziale, una migliore gestione del trasporto pubblico (bus), e darebbe particolare attenzione anche ai ciclisti;
- gli ingegneri dell'Ufficio delle strade nazionali (USTRA) hanno partecipato ai gruppi tecnici di lavoro, dato che la Confederazione assumerà la gestione della tratta dal 01.01.2020;
- il progetto sarebbe realizzabile in tempi brevi e con un investimento contenuto e necessario anche in funzione del progetto A2-A13.

Fonte: TiPress

I *riferendisti* propongono di rifiutare questo ulteriore spesa perché:

- l'unica vera soluzione non sarebbero né i semafori né le rotonde, ma il collegamento veloce A2-A13;
- l'alternativa ferroviaria dovrebbe essere in funzione a partire da dicembre 2020, con l'apertura della galleria di base del Ceneri;
- i residenti si chiedono perché investire CHF 3.3 mio. per dei semafori quando sono stati investiti oltre CHF 10 mio. per le rotonde ritenute una soluzione migliore.

2. Iniziativa popolare «Giù le mani dalle Officine»

NO (65.3%)

Partecipazione **45.33%**

Il 20.02.2019 il Gran Consiglio ha adottato il testo conforme all'iniziativa popolare generica legislativa del 31.03.2008 « Giù le mani dalle Officine: per la creazione di un polo tecnologico-industriale nel settore del trasporto pubblico ».
È stata così decretata la « Legge per la creazione di un polo tecnologico-industriale nel settore del

trasporto pubblico ».
I promotori non hanno ritirato l'iniziativa e, di conseguenza, la stessa deve essere sottoposta al voto popolare.
Il Gran Consiglio, adottando il testo, ha raccomandato di respingere l'iniziativa.

Nel 2008 la decisione delle Ferrovie federali svizzere (FFS) di chiudere le Officine (cfr. riquadro) ha scatenato una massiccia ondata di solidarietà con le maestranze in sciopero. Il Cantone ha pienamente sostenuto questa reazione con l'obiettivo di garantire il mantenimento in TI di una struttura industriale di elevata qualità. Da allora la situazione è mutata e il dialogo tra Cantone e FFS ha ripreso a svolgersi in maniera costruttiva.

Dopo la crisi del 2008 il Consiglio di Stato e il Municipio della Città di Bellinzona hanno condotto serrate trattative con le FFS per dare all'attività industriale delle Officine FFS una prospettiva di lungo termine, sostenibile dal profilo aziendale, sensata dal punto di vista economico e responsabile da quello sociale. Le parti nel dicembre 2017 hanno sottoscritto una Dichiarazione d'intenti per la realizzazione di un nuovo stabilimento tecnologicamente all'avanguardia, in grado di assicurare un avvenire duraturo.

Il 2019 non è il 2008, e il nuovo stabilimento di Castione è supposto concretizzare l'iniziativa « Giù le mani dalle Officine ».

Il cosidetto "Vaticano" delle Officine

Questa nuova legge disciplina la realizzazione del polo tecnologico richiesto dagli iniziativisti, che dovrà ispirarsi al modello di « centro di profitto con forte autonomia decisionale (Unità di business strategica) » come prospettato dalla SUPSI [Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana] in uno studio sul futuro delle Officine del maggio 2010.

Il Cantone è così chiamato a definire l'ubicazione e realizzare un polo tecnologico-industriale che dovrà rilevare le attuali attività delle Officine FFS e svilupparne di nuove nel campo della gestione e della manutenzione dei vettori di trasporto.

La storia dietro l'iniziativa[33]

L'iniziativa è controversa negli ambienti economici e socialisti, ma ha forti possibilità di essere accettata in votazione perché le 'officine' sarebbero particolarmente amate dai ticinesi.

Costruite tra il 1886 e il 1890, alcuni anni dopo l'inaugurazione della linea ferroviaria del Gottado, le Officine FFS di Bellinzona occupavano già circa 500 persone alla fine del XIX secolo. La fabbrica contava allora la più grande forza lavoro maschile di tutto il Cantone TI. In realtà, un terzo di tutti i lavoratori del settore metallurgico e industriale dell'epoca lavorava in questo settore.

Durante tutto il XX secolo, le 'officine' hanno dato il tono della lotta sociale e sindacale attraverso scioperi e manifestazioni antifasciste.

Finanziato con CHF 120 mio., *l'iniziativa* si pone come alternativa al progetto di un nuovo insediamento presentato dalle FFS e sostenuto dal Cantone TI e dalla Città di Bellinzona. *I promotori dell'iniziativa* ritengono che essa sia ancora giustificata, e ciò per diverse ragioni.

- L'iniziativa punta a mantenere gli attuali posti di lavoro e crearne di nuovi, mentre il progetto delle FFS liquiderebbe circa 2/3 dei posti di lavoro alle Officine FFS di Bellinzona: si passerebbe dagli attuali 410 occupati a poco più di un centinaio. Che senso avrebbe investire CHF 120 mio. per perdere 300 posti di lavoro?
- Con l'iniziativa si manterrebbero in TI attività che con il progetto FFS il TI perderebbe; sono quelle attività oggi svolte alle Officine di Bellinzona nell'ambito della manutenzione del traffico merci.
- L'iniziativa vorrebbe mantenere un'attività in un settore con grandi prospettive: tutti assistiamo al grande sviluppo del traffico merci, passeggeri e dei vettori di trasporto in generale e del potenziale che rappresentano nella manutenzione ferroviaria.
- L'iniziativa costituirebbe uno strumento per sviluppare il potenziale industriale delle Officine ; apparirebbe evidente che l'iniziativa è una "trincea" più che necessaria per non lasciare nelle sole mani delle FFS il compito di definire gli scenari produttivi delle Officine di Bellinzona.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Opusculo informativo

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

[33] Fonte: L'avenir des Ateliers CFF passe par les urnes, 20 Minutes ; l'articolo cita Matteo Pronzini, deputato del MPS («Movimento per il socialismo») al Gran Consiglio ticinese e uno dei promotori dell'iniziativa.

TG

Volksinitiative «Offenheit statt Geheimhaltung / Für transparente Behörden im Thurgau» **JA (80.3%)**

Stimmbeteiligung **39.4%**

Diese Volksinitiative verlangt die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton TG. Damit sollen die Behörden des Kantons, der Politischen Gemeinden und Schulgemeinden verpflichtet werden, jeder Person Einsicht in die amtlichen Akten zu gewähren.

Heute verpflichtet die Kantonsverfassung in § 11 Abs. 2 die Behörden, über ihre Tätigkeit zu informieren. In zivil-, straf- und verwaltungsrechtlichen Verfahren haben die Beteiligten zudem einen Anspruch auf Einsicht in Akten, die nicht vertraulich sind.

Die Initiative verlangt einen Wechsel vom *Geheimhaltungsprinzip* (Annahme, dass sämtliche Akten geheim sind und nur in bestimmten Fällen herausgegeben werden dürfen) zum *Öffentlichkeitsprinzip* (Annahme, sämtliche Akten seien öffentlich mit dem Vorbehalt überwiegender öffentlicher oder privater Interessen). Sie will in § 11 der Kantonsverfassung einen Abs. 3 einfügen, wonach der Kanton sowie die Politischen Gemeinden und Schulgemeinden Einsicht in amtliche Akten gewähren, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen. Die Ausgestaltung der Einzelheiten, insbesondere das anwendbare Verfahren und die Definition der betroffenen mit staatlichen Aufgaben betrauten Stellen, wird dem Gesetz überlassen.

Kantonaler Zusammenhang

Das Öffentlichkeitsprinzip wurde mittlerweile in beinahe allen Kantonen sowie beim Bund eingeführt. Im Kanton TG verlangten bereits zwei parlamentarische Vorstösse die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips. Eine Einfache Anfrage vom 05.07.2006 mit dem Titel «Öffentlichkeitsprinzip und Transparenz der Verwaltung und Behörden» beantwortete der Regierungsrat am 12.09. 2006 negativ. Ebenso beantragte er eine Motion vom 29.09.2014 mit der Überschrift «Einführung des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton Thurgau» am 25.08.2015 zur Ablehnung. Der Grosse Rat sprach sich am 04.11.2015 mit 79:30 Stimmen gegen die Motion aus.

Am 16.03.2018 wurde die Volksinitiative zur Einführung des Öffentlichkeitsprinzips mit 4'265 gültigen Unterschriften bei der Staatskanzlei eingereicht. In seinem Bericht zur Volksinitiative vom 04.09.2018 beantragte der Regierungsrat der vorberatenden Kommission des Grossen Rates, die Volksinitiative zwar für gültig zu erklären, dem Rat aber zur Ablehnung zu empfehlen.

Für die *Gegnerschaft der Volksinitiative* funktioniert die bisherige Informationspraxis der Behörden zuverlässig und kostengünstig. Die Zuständigkeiten und Pflichten zur Information sind ihrer Auffassung nach im Kanton TG bereits heute klar geregelt.

Der Grosse Rat befand an seiner Sitzung vom 13.02.2019 über die Volksinitiative. Den zu Beginn der Sitzung gestellten Antrag auf Rückweisung an die vorberatende Kommission lehnte der Rat mit 92 zu 19

Stimmen ab. Schliesslich stimmte das Parlament mit 59 zu 50 Stimmen der Initiative zu. Der Grosse Rat empfiehlt die Annahme der Volksinitiative.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Botschaft des Regierungsrates

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

UR

1. Änderung der Verfassung des Kantons Uri (Ausdehnung des Majorzwahlsystems)

JA (57.49%)

Stimmbeteiligung **36.6%**

Die Änderung der Verfassung des Kantons UR steht in Zusammenhang mit der Änderung des Gesetzes über die Verhältniswahl des Landrats. Neu soll bloss noch für Gemeinden, denen fünf und mehr Landräte zustehen, das System der Verhältniswahl gelten (Altdorf, Bürglen, Erstfeld und Schattdorf). Für alle übrigen Gemeinden gilt das System der Mehrheitswahl.

Nach der geltenden Verfassungsbestimmung gilt das System der Verhältniswahl (Proporzwahl) für Gemeinden, denen *drei oder mehr Landräte* zustehen, für die übrigen das System der Mehrheitswahl (Majorzwahl). Nach der vom Landrat zuhanden der Volksabstimmung verabschiedeten Änderung der Verfassung des Kantons UR soll das System der Verhältniswahl neu *lediglich in den Gemeinden, denen fünf oder mehr Landräte zustehen*, gelten.

Vgl. die unten folgenden Bemerkungen (Nr. 2) zur unmittelbar mit der Verfassungsänderung verknüpften Änderung des Gesetzes über die Verhältniswahl des Landrats (Proporzgesetz[34]).

2. Änderung des Gesetzes über die Verhältniswahl des Landrats (Proporzgesetz)

JA (68.43%)

Stimmbeteiligung **36.6%**

Aufgrund des Bundesgerichtsurteils vom 12.10.2016 ist das Proporzgesetz (System der Verhältniswahl) anzupassen. Das Bundesgericht hatte das Urner Proporzwahlsystem als bundesverfassungswidrig taxiert, weil es die Wahlrechtsgleichheit verletzt[35].
Mit der Revision des Proporzgesetzes soll der Auftrag des Bundesgerichts gesetzgeberisch umgesetzt werden. Vorgeschlagen wird die Mandatsverteilungsmethode nach dem sog. «Doppelten Pukelsheim». Bei dieser Methode bilden die Gemeinden wie bisher einen eigenen Wahlkreis. Dabei

34 Gesetz über die Verhältniswahl des Landrats (Proporzgesetz), vom 3. März 1991; Urner Rechtsbuch 2.1205.
35 Medienmitteilung des Bundesgerichts, Urteil vom 12.10.2016 (1C_511/2015) : System für Urner Landratswahl ist verfassungswidrig.

werden zunächst die Mandate über die Wahlkreise hinweg auf die Parteien verteilt. Erst danach wird bestimmt, in welchen Wahlkreisen die Parteien ihre Sitze erhalten. Für die Wählerinnen und Wähler ändert sich nichts.

Die Majorzwahl wird somit neu auf die Gemeinden mit drei und vier Landratssitzen ausgedehnt. Neu würden somit die vier Gemeinden Attinghausen, Flüelen, Seedorf und Silenen ihre Landräte nicht mehr nach dem System der Verhältniswahl, sondern nach dem System der Mehrheitswahl wählen. Proporz-Gemeinden wären damit lediglich noch Altdorf, Bürglen, Erstfeld und Schattdorf.

Im Rahmen der Beratungen der Vorlage im Landrat hat der Regierungsrat aufgrund eines Rechtsgutachtens darauf aufmerksam gemacht, dass im Falle der Ausdehnung des Majorzprinzips auf Gemeinden mit drei bis vier Sitzen bei einer erneuten Anfechtung vor Bundesgericht das Prozessrisiko sehr hoch sei[36]. Nach dem Rechtsexperten könne dem Kanton UR nicht empfohlen werden, sich auf die Forderung zur Erweiterung der Majorzwahl auf Gemeinden mit drei bis vier Landratssitzen einzulassen.

Bei der Debatte im Landrat folgte die Mehrheit des Rats jedoch dem Antrag der Justizkommission. Die Auffassung überwog, dass die Majorzwahl den Gemeinden mit drei und vier Sitzen besser entspreche als das Proporzwahlsystem. Zur Begründung wurde auf die tiefe Bevölkerungszahl in diesen Gemeinden hingewiesen sowie auf die grosse Autonomie der Gemeinden, die im Kanton Uri die Wahlkreise bilden.

An der Session vom 13.02.2019 stimmte der Landrat mit 54:6 Stimmen (1 Enthaltung) einer Änderung des Gesetzes über die Verhältniswahl des Landrats (Proporzgesetz) bzw. mit 43:17 Stimmen (1 Enthaltung) der Anpassung der Verfassung des Kantons UR zu.

Quelle: Abstimmungsbotschaft, S. 13.

[36] *Rechtsgutachten zu den Anfechtungsrisiken im Fall der Ausdehnung der Majorzwahl auf Gemeinden mit drei und vier Landratssitzen*, erstattet von Prof. em. Dr. iur. Paul Richli, vom 27.11.2017 / 27.12.2018.

Technisch gesehen: Was ist der «Doppelte Pukelsheim»?

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Gesetzes über die Verhältniswahl des Landrats (Proporzgesetz; RB 2.1205) soll das Urteil des Bundesgerichts gesetzgeberisch umgesetzt werden. In den Gemeinden, die ihre Landräte nach dem Proporzsystem wählen, soll der bisherige Wahlmodus durch die doppelt-proportionale Mandatsverteilungsmethode mit Standardrundung ersetzt werden.

Beim sog. «Doppelten Pukelsheim» werden die Mandate zunächst über die Wahlkreise hinweg auf die Parteien verteilt. Erst anschliessend wird bestimmt, in welchen Wahlkreisen die Parteien ihre Sitze erhalten. Es handelt sich um eine Mandatsverteilungsmethode, die in den letzten Jahren bei etlichen kantonalen und kommunalen Wahlen erfolgreich zum Einsatz gekommen ist (u. a. in den Kantonen ZH, AG, NW, ZG, SZ und VS) und damit praktisch erprobt ist.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Abstimmungsbotschaft

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

VS

Révision partielle de la Constitution cantonale (art. 44, 52 et 85a) **OUI (81.35%)**

Participation **43.50%**

La révision partielle soumise au vote concerne les articles 44, 52 et 85a de la Constitution cantonale[37]. Concrètement, la révision porte sur les deux points suivants :

- **La date de la session constitutive du Grand Conseil (art. 44 Cst. cant.), qui doit être *retardée* de trois semaines pour assurer la tenue de la session constitutive du Grand Conseil *avant* l'entrée en fonction des membres du Conseil d'Etat, le 1er mai suivant leur élection (art. 52 al. 4 Cst. cant.).**
- **La modification du délai séparant le premier et le second tour lors des élections cantonales (art. 52 et 85a Cst. cant.), qui va passer de *deux* à *trois semaines*.**

1. Date de la session constitutive du Grand Conseil

L'élection des autorités cantonales (Grand Conseil et Conseil d'Etat) a lieu tous les quatre ans, le premier dimanche de mars. Après son renouvellement, les membres du Grand Conseil sont convoqués par le Conseil d'Etat à une *session constitutive*, qui marque l'entrée en fonction des député(e)s et des suppléant(e)s nouvellement élu(e)s. Lors de la session constitutive, le Parlement valide l'élection des membres du Grand Conseil et du Conseil d'Etat, puis assermente les élu(e)s.

37 Constitution du canton du Valais (Cst. cant.), du 08.03.1907 ; RSV 101.

Actuellement, la session constitutive a lieu le *quatrième lundi* qui suit le renouvellement intégral du Grand Conseil. Mais cette date pose une difficulté. En effet, il est possible qu'un recours contre le second tour de l'élection du Conseil d'Etat soit déposé le jour même de la session constitutive du Grand Conseil. Ce recours ne serait donc porté à la connaissance du Parlement qu'après la session constitutive. Or, l'élection des membres du Conseil d'Etat doit être validée lors de la session constitutive.

Pour contourner cette difficulté, le Grand Conseil procède à la validation de l'élection du Conseil d'Etat et à l'assermentation de ses membres « sous réserve d'un éventuel recours ». Ce mode de faire n'est pas considéré comme satisfaisant, ce qui justifierait de modifier l'art. 44 de la Constitution cantonale, dont la nouvelle formulation prévoit que la session constitutive du Grand Conseil se tienne l*e septième lundi* qui suit son renouvellement intégral. Ce délai supplémentaire devrait garantir que les éventuels recours déposés contre l'élection des autorités cantonales soient connus avant la session constitutive.

2. Délai entre le premier et le second tour lors des élections cantonales

L'élection des membres du Conseil d'Etat et du Conseil des Etats a lieu selon le système majoritaire à deux tours. Actuellement, le délai entre le premier et le second tour (ou scrutin de ballottage) est de *deux semaines*.

Ce délai est très court. Pour le second tour, les listes des candidat(e)s doivent être déposées le mardi qui suit le premier tour, à 17 heures au plus tard (art. 128 LcDP)[38]. Les bulletins de vote sont ensuite imprimés, manutentionnés et livrés aux communes le jeudi suivant au plus tard. Les communes préparent et envoient le matériel de vote aux citoyens, de telle manière que ceux-ci le reçoivent au plus tard le mardi précédant le second tour (art. 56 LcDP).

L'imprimerie dispose de moins de 48 heures pour imprimer les bulletins de vote et les livrer à toutes les communes du canton, délai difficile à tenir en cas de problème technique. Les communes doivent également mettre sous pli et envoyer le matériel de vote dans un court délai, en courrier A ; or le stress et la précipitation favorisent les erreurs.

La situation dans les cantons voisins

Le Valais est le dernier canton – ou l'un des derniers – à prévoir un délai de deux semaines entre le premier et le second tour lors des élections cantonales. Dans les autres cantons, la règle est un délai de trois semaines (p. ex. GE, VD, FR, NE) voire plus (p. ex. BE).

Source : notice explicative

La modification prévue prévoit de fixer un délai de *trois semaines* entre le premier et le second tour de scrutin lors des élections cantonales, ce qui devrait donner plus de souplesse aux différents partenaires engagés dans l'organisation du scrutin, à savoir l'imprimerie et les communes.

Les modifications des articles 44, 52 et 85a de la Constitution cantonale ont été adoptées par le Parlement par 85 voix contre 1 et 26 abstentions.

[38] Loi sur les droits politiques (LcDP), du 13.05.2004; RTSV 160.1.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Notice explicative

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

ZG

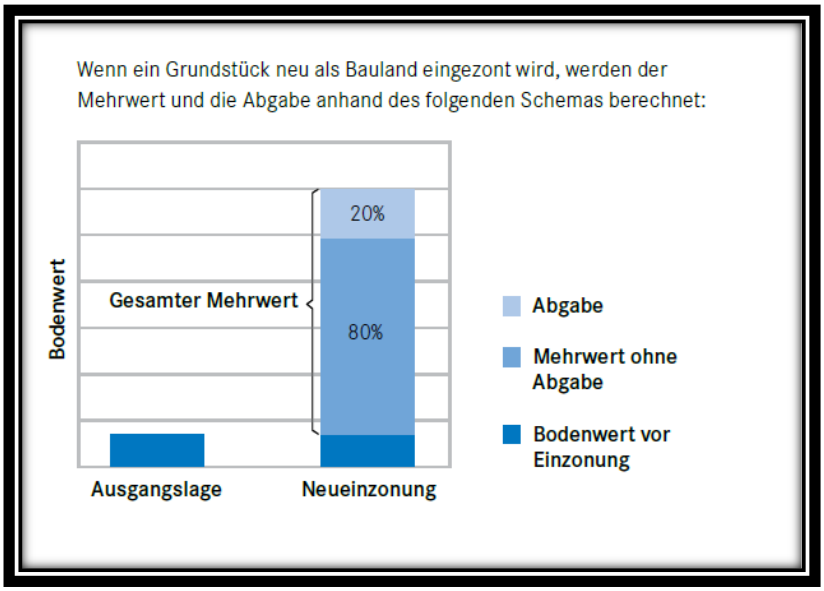
Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – Umsetzung von Bundesrecht **JA (67.15%)**

Stimmbeteiligung **45.80%**

2013 haben die Zuger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit mehr als 70 Prozent das neue eidgenössischen Raumplanungsgesetz[39] angenommen. Damit haben sie unter anderem den massvollen Umgang mit dem Boden, die Verdichtung bisheriger Bauzonen und die Mehrwertabgabe der Eigentümerinnen und Eigentümer bei Neueinzonungen befürwortet.
Bis anfangs Mai 2019 müssen die Kantone die Bundesvorgaben umgesetzt haben. Der Kanton ZG erfüllt diese Forderungen mit der vorliegenden Teilrevision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes.

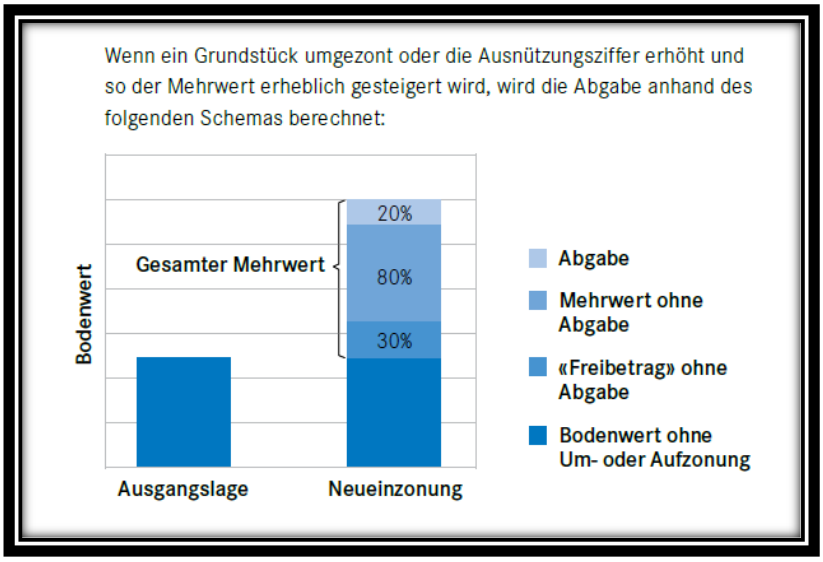
Für die Zugerinnen und Zuger scheint es ein Anliegen, den Boden als wertvolles Gut anzuerkennen und, dass vor allem bestehende Bauzonen besser genützt und die Landschaft zum Wohl der Bevölkerung freigehalten werden muss. Entsprechend streben auch die Zuger Behörden ein «Wachstum mit Grenzen» an.

Mehrwert bei Neueinzonung



[39] Volksabstimmung vom 03.03.2013 : Vorlage Nr. 569, Resultate in den Kantonen.

Mehrwert bei Umzonung



Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 8 und 9

Konkret sind dafür von der vorgeschlagenen Revision vor allem zwei Instrumente vorgesehen, nämlich:

1. Planungsmehrwert:
   Der Planungsmehrwert entsteht, wenn Grundstücke ein-, um- oder aufgezont werden und dabei gleichzeitig an Wert gewinnen. Für den Mehrwert wird eine Abgabe erhoben.
2. Verfügbarkeit von Bauland:
   Die Förderung des verfügbaren Baulands verhindert, dass eingezontes Land als Spekulationsobjekt gehortet wird und längere Zeit unbebaut bleibt.

Eine *Mehrheit des Kantonsrates* und der *Regierungsrat* empfehlen eine Annahme der Revision. Ihrer Meinung nach würde namentlich das revidierte Planungs- und Baugesetz alle Vorgaben des Bundes erfüllen, einen Wildwuchs verhindern und mit dem neuen kantonalen Richtplan ein Wachstum in Grenzen gewährleisten; bei Neueinzonungen, Umzonungen, Aufzonungen und Bebauungsplänen mit erheblich höherer Ausnützung würden die Gemeinden und der Kanton eine Mehrwertabgabe erhalten, die zweckgebunden für Massnahmen der Raumplanung verwendet würden und zwar zugunsten aller.

Darüber hinaus soll die Mehrwertabgabe mit all den anderen Instrumenten des revidierten Planungs- und Baugesetzes garantieren, dass der Boden nicht mehr als Spekulationsobjekt gehortet wird. Sie soll also dazu führen, dass Bauland innert nützlicher Frist auch tatsächlich überbaut wird. Schliesslich sollen Eigentum geschützt und der Staat schlank und freiheitlich bleiben.

Eine *Minderheit des Kantonsrates* steht der Vorlage entgegen. Seiner Meinung nach trägt die vorliegende kantonale Umsetzung den Zielen und Vorgaben nur ungenügend Rechnung, als die Schweizer Bevölkerung 2013 mit dem neuen Raumplanungsgesetz die Bau-Entwicklung in die «grüne Wiese» zu stoppen verlangte. In diesem Sinne würde das vorliegende Gesetz weder das Wachstum bremsen noch Mehrwerte für die Folgekosten genügend abschöpfen.

Schliesslich würde die Mehrwerte die Grundeigentümerschaft erhalten, ohne dass sie etwas dafür geleistet hätte. Das neue Gesetz würde diese Mehrwerte nur minimal abschöpfen. Die Folgekosten hätte aber die Allgemeinheit zu tragen. Andere Kantone haben höhere Mehrwertabgaben eingeführt, allerdings ohne negativen Einfluss auf die Bauwirtschaft oder die Verdichtung.

Warum eine Volksabstimmung? Eine Minderheit des Kantonsrats hat das Behördenreferendum nach § 34 Abs. 4 der Kantonsverfassung ergriffen[40].

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

Abstimmungserläuterungen

Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu

[40] Verfassung des Kantons Zug, vom 31.01.1894; BGS 111.1. §34 Abs. 4 lautet wie folgt:
«[4] Die Volksabstimmung kann ferner von einem Drittel der Mitglieder des Kantonsrates unmittelbar nach der Schlussabstimmung beschlossen werden (Behördenreferendum).»